Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1286

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 220 | Dresden, Montag den 21. September 1925 | 36. Jahrg.

Heidelberger Ergebnisse

I.

rs. In den Begrüßungsworten, die der Vorsitzende der Heidelberger Parteiorganisation an den Parteitag richtete, wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß Verlauf und Arbeit des Parteitags die Werbekraft der Partei erhöhen und so für die kommenden badischen Wahlen einen günstigen Auftakt schaffen möchten. Nun, die badischen Genossen werden nicht sagen können, daß in Heidelberg die Geister etwa heftig aufeinander geplatzt wären. Es gab nur einen dramatischen Höhepunkt, und zwar an jenem Donnerstagabend, da die sächsische Delegation ihre Erklärung zur Entschließung der Sachsenkommission abgab. Von diesem Zwischenfall abgesehen, hielten sich die Verhandlungen auf dem Niveau eines arbeitstüchtigen, nüchternen Gleichmaßes. Das soll kein Vorwurf sein, wie wir umgekehrt nicht sagen möchten, daß scharfe Auseinandersetzungen der Werbekraft einer Massenpartei abträglich sein müssen. Im Gegenteil sie können, sofern sie sachlich sind, der Oeffentlichkeit den Ernst dartun, mit denen eine Partei um die Klärung umstrittener Zeitfragen ringt.

Gewiß waren in unsern Reihen die Gegensätze über die Fragen unsrer Taktik selten so geringfügig wie in diesem Jahre der Wuchergesetze und der Zollblockregierung, gegen die die ganze Partei in scharfem Kampfe steht, aber über manche Punkte ging die Mehrheit doch zu leicht hinweg. So, als in den Debatten zum Vorstands- und Fraktionsbericht unsre parlamentarischen Kampfmethoden gestreift wurden. Die Partei hat zweifellos mit Ausdauer gegen die Wuchergesetze gekämpft, die Minderheit der Fraktion ist auch der Meinung, daß man schärfere, daß man Obstruktionsmittel hätte anwenden müssen, weil das unparlamentarische, undemokratische Verhalten der reaktionären Blockparteien undemokratische Abwehrmethoden geradezu herausforderte. Es handelte sich gewissermaßen um eine Angelegenheit des politischen Temperaments, von welchem Gute die Fraktionsminderheit in diesem Kampfe der Fraktionsleitung etwas mehr gewünscht hätte.

Da es hier nicht um meßbare Größen ging, behielt dieser Streit ein ebenso unpositives Gesicht, wie der um die Volksblockillusionen, die vom schweren Tritt der politischen Entwicklung zerstampft wurden. Das schließt nicht aus, daß die Deutschnationalen nach der Zollernte vom Wagen der Regierungsverantwortlichkeit abzuspringen suchen und daß das Zentrum nach Erledigung des Reichsschulgesetzes durch die Luthерregierung auf eine große Koalition ohne die Deutschnationalen und mit der Sozialdemokratie hindrängt. Wir stehen dann vor neuen schweren Entscheidungen, und aus den ernsteren Oppositionsrednern klang die Befürchtung heraus, daß die Parteileitung im Kampfe von heute bereits zu sehr an die Bündnisse von morgen denkt, anstatt mehr auf die eigene Kraft zu setzen und durch prinzipielle Klarheit des Kampfes zu werben. Unsre Stellung zum Staate wird durch diesen Streit kaum berührt, denn man kann es nicht gut — wenn es Genossen des rechten Flügels gern tun — als eine Diffamierung unsres Bekenntnisses zur Demokratie und zur Republik ansehen, wenn wir diese deutsche Republik und Demokratie gelegentlich wie eine Karikatur behandeln.

Wenn die Berichterstatter Stelling und Keil wollten, konnten sie leicht dartun, daß es sich bei all diesen Fragen in unsern Reihen eigentlich nur um verschiedene Nuancen der Auffassung handelt, und daß sich schärfere Gegensätze in dieser Debatte angesichts der gesamten Situation nicht entwickeln. Die Führer unsrer österreichischen Bruderpartei haben diese Geschicklichkeit, die eine Tugend jedes sozialdemokratischen Führers sein sollte, diese Klugheit, Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, wo es geht, und Minderheiten zu gewinnen, indem man ihnen beweist, wie weit man ihre Bedenken versteht. In Heidelberg dagegen brachte es Genosse Stelling sogar fertig, die Barmatfrage in einer Weise anzuschneiden, die Widerspruch geradezu herausfordern mußte. Er meinte, alle Genossen, die seinerzeit ernstere Konsequenzen von gewissen, in die Barmatsache verwickelten führenden Genossen forderten, müßten heute reuig bekennen, daß sie geirrt hätten. Einige Redner haben darauf gebührend geantwortet. Hätten die angegriffenen Parteiblätter dazu eine Erklärung abgeben können, so hätte sie lauten dürfen:

„Wir wissen, daß der Barmatskandal von unsern Gegnern an den Haaren herbeigezerrt, wir wissen, daß die Tatsachen von der kapitalistischen Presse ungeheuerlich verzerrt, entstellt und verfälscht wurden. Wir müssen diese Methoden ablehnen, zumal in diesem Lager Politik und Geschäft innig verschwistert sind. Es gehört zu den guten Traditionen der Sozialdemokratie, daß sich ihre Politiker zu kapitalistischen Geschäftsspekulationen nicht brauchen lassen. In der Inflationszeit dagegen sind einigen Genossen die rechten Maßstäbe für diese Dinge abhanden gekommen. Mögen sie auch für die Partei in bester Absicht oder im guten Glauben gehandelt haben, so ist doch mindestens der Schein so stark gegen sie, daß sie im Interesse ihrer Partei die Konsequenzen längst hätten ziehen müssen. Wir wollten den Parteitag nicht mit einer Barmatdebatte belasten, aber wenn es der Berichterstatter des Parteivorstandes durchaus will, so mag er sich diese unsre bescheidene Meinung zu den Akten heften."

So hätten wir dem Genossen Stelling antworten können, doch schließlich war auch das nur ein Nebenpunkt. Die großen Themen der Heidelberger Tagung bildeten der Sachsenkonflikt und das Parteiprogramm. Darüber in einem zweiten Artikel.

Gegen den Reichsschulgesetzentwurf

In einer zahlreich besuchten demokratischen Lehrerversammlung in Hamburg sprach das demokratische Hamburger Bürgerschaftsmitglied, Fräulein Emmy Beckmann, über den Reichsschulgesetzentwurf, den sie als ein unerhörtes Spiel bezeichnete, da er ganz ohne weiteres den Begriff der Religion als ein einheitliches durch die Menschheit gehendes Gefühl durch einen Paragraphen zu einem dogmatischen Bekenntnis umformen wolle. Der Entwurf sei ein Attentat auf unsre gesamte Kultur, auf die freie Bildungsart und ein Verzicht auf jede geistige Ehrlichkeit der Lehrerschaft. Die Aufsicht der Kirche werde jetzt sogar auf die private Gesinnung des Lehrers ausgedehnt. Alle wahrhaft religiösen Menschen müßten sich zusammenschließen unter der Parole: für die Einheit der deutschen Schule, für die Erhaltung der deutschen Kultur.

Lloyd George für Nationalisierung des Landbesitzes

Devonshire, 19. September. In einer Rede setzte Lloyd George die vom liberalen Agrarausschuß ausgearbeiteten Entschließungen auseinander. Er erklärte, das System der Landlords sei dem Untergange geweiht. Das Landlordsystem müsse in gerechter Weise, d. h. mit einer Entschädigung für den wirklichen Wert, abgelöst werden. Die Liberalen scheinen sich also für Nationalisierung der Landwirtschaft einsetzen zu wollen. Die konservative Presse ist entsetzt und bekämpft und denunziert Lloyd George, während ihm die liberalen Blätter zustimmen und die Rede feiern.

Kabinettsrat über die Konferenzeinladung

Berlin, 21. September. (Eigener Drahtb.) Heute Montag tagt unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein Kabinettsrat, der die Antwort auf die französische Einladungsnote zu einer Ministeraussprache über den Sicherheitspakt formulieren soll. Es wird erklärt, daß man hoffe, über die Antwort eine baldige Einigung zu erzielen, so daß man auf die Anhörung des Auswärtigen Ausschusses und der Ministerpräsidenten der Länder verzichten könne. Diese Instanzen sollen, falls eine Einigung erzielt wird, nur über die Stellungnahme informiert werden. Es läge noch im Bereich der Möglichkeit, daß diese Konferenz am geplanten 5. Oktober beginnen könne. Als Orte werden Luzern oder Lugano in der Schweiz genannt.

Die deutschnationalen Minister stehen also heute vor der wichtigsten Entscheidung. Stimmen sie der Sicherheitspaktpolitik zu, so binden sie ihre Partei endgültig an Erfüllungspolitik und Völkerbund — und die nationalistische Radaupolitik hat als Heuchelei abgewirtschaftet. Oder aber, sie widersetzen sich der Konferenz, dann sabotieren sie den bisherigen Regierungskurs und bringen das ganze Regierungsschiff in Gefahr. Die Regierungskrise ist dann unvermeidlich. Als wahrscheinlich wird angenommen, daß sich die Deutschnationalen zunächst fügen werden, daß sie aber Vorbehalte machen, „Vorfragen" geklärt haben wollen — kurzum, alles versuchen werden, um das ganze Werk zu gefährden und schließlich „durch Umstände" zum Scheitern zu bringen. Da heute und Dienstag auch die deutschnationalen Parteiinstanzen (Parteivorstand und Landesorganisationen) tagen, wird man in kurzer Zeit klar sehen können.

•

Wie wir bereits mitteilten, hat Hergt erklären lassen, daß er an der Dresdner Resolution gegen den Sicherheitspakt unschuldig sei. Er habe in Dresden nur Bericht erstattet. Hergt hat es aber vorsichtigerweise unterlassen, zu erklären, ob er die Dresdner Resolution billigt oder nicht. Jetzt bedauert die Deutsche Zeitung, daß man den Anschein erweckt habe, als ob Hergt die Resolution nicht billige, das entspreche, so behauptet die Deutsche Zeitung, nicht den Tatsachen. Bei den Deutschnationalen scheint niemand mehr zu wissen, was gehauen und gestochen ist. Wahrscheinlich weiß Hergt im Augenblick selber nicht, ob er für oder gegen den Sicherheitspakt ist.

•

Aussicht für Wirtschaftsverständigung

Die Besprechung, die am 15. und 16. September zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet in Paris stattfand, war noch nicht der Beginn der eigentlichen Handlesvertragsverhandlungen. Die Besprechung sollte lediglich eine Vereinbarung über den Gang der Verhandlungen und eine neue

Der Völkerbund mahnt Deutschland

T. Genf, 19. September. (Eig. Drahtb.)

Das Journal de Geneve, das vom Völkerbund als offizielles Sprachrohr benutzt wird, schreibt am Sonnabend unter der Ueberschrift: „Wird Deutschland eintreten?" folgendes: **„Zwei Möglichkeiten bieten sich jetzt: Entweder warten bis zum nächsten Jahr (Herbst) oder man beruft eine besondere Völkerbundversammlung.** Niemand hier unter uns allen wird leichten Herzens die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund nochmals um ein Jahr verschieben. Das wäre eine harte Geduldsprobe für die Völker und ein großes Risiko. Denn es hat beinahe zwei Jahre gebraucht, um Herrn Stresemann die Situation begreifen zu lassen, so wie wir sie verstehen. Herr Stresemann kann im Laufe dieses Jahres gestürzt werden. Wenn wir dann wieder zwei Jahre brauchen, um seinen Nachfolger davon zu überzeugen, daß das Interesse Deutschlands mit dem Europas zusammengehe, und wenn dieser in dem Augenblick gestürzt wird, wo er das verstanden hat, dann haben wir wahrlich Grund, sehr vorsichtig zu sein. Die Zulassung nur durch den Rat anstatt durch eine besondere Versammlung des Völkerbundes, wovon man hier gesprochen hat, bringt die Gefahr mit sich, daß juristische Probleme sehr gefährlicher Art aufgeworfen werden, und daß der Wert dieser Zulassung zweifelhaft erscheinen kann. Das ist trotz allen Schwierigkeiten die beste Lösung. Aber was wird Deutschland machen? Es wird auf jeden Fall seine Politik vertreten, die nicht ganz die unsrige ist. Es wird liebgewordene Gewohnheiten zerstören und Angelegenheiten zur Sprache bringen, die alle übrigen Völker für erledigt halten. Vielleicht werden auch seine Vertreter in Unkenntnis der Völkerbundmaschine neue Probleme aufwerfen. Aber alles das ist immer noch besser, als daß wir auf der Landkarte des Völkerbundes in Europa dieses große schwarze Loch sehen, das uns Zweifel verursacht."

•

Der Danziger Briefkastenstreit

T. Genf, 19. September. (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbund hielt am Sonnabend zwei öffentliche Sitzungen ab. Am Vormittag wurden unter Vorsitz von Paul Boncour die Danziger Streitfragen behandelt. Im Briefkastenstreit wurde Polen vertraglich das Recht der Errichtung eines eigenen Postdienstes in Danzig zugestanden. Der Bericht stellte ferner fest, daß als Hafengebiet nicht nur das Gebiet zu verstehen sei, in welchem sich der Hafen selbst befindet, sondern alle mit dem Hafen verknüpften wirtschaftlichen Teile der Stadt Danzig. Das Verlangen des Danziger Senats, die Auslegung des Begriffs „Hafen" dem ständigen Internationalen Gerichtshof zu überlassen, wurde vom Völkerbundrat nicht berücksichtigt. Ebenso wurde Polen das Recht zugestanden, auf der Halbinsel Westerplatte ab Oktober 1925 ein Munitionsdepot zu errichten. Die Danziger Delegation erhob gegen diesen Beschluß Einspruch, da die Bevölkerung hierdurch stark der Gefahr einer Explosion ausgesetzt sei und außerdem Polen in seinem Kriegshafen bereits über ein genügend eingerichtetes Munitionslager verfüge.

•

Vertagung der Mossulfrage

In der Nachmittagsitzung befaßte sich der Völkerbund mit der Mossulfrage. Die Dreierkommission gab einen Bericht. Die Kommission ist sich unklar, ob der Völkerbundrat in der Mossulfrage eine Entscheidung treffen soll oder ob ein Schiedsspruch anzuraten sei; ferner ob die Entscheidung, um rechtskräftig zu werden, der Einstimmigkeit oder nur der einfachen Mehrheit bedürfe. In dieser Frage soll vom ständigen Internationalen Schiedsgericht ein Rechtsgutachten eingeholt werden, das so schnell wie möglich, spätestens bis zur Völkerbundratssitzung im Dezember, fertiggestellt sein soll. Gegenüber dieser Entscheidung beharrten beide Teile auf ihrer Forderung nach einer umgehenden Entscheidung. Trotzdem beschloß der Rat, dem Vorschlag der Dreierkommission zu folgen und ein Rechtsgutachten einzuholen. Damit ist die Lösung der Mossulfrage auf die nächste Ratssitzung verschoben.

Von führender englischer Seite wird erklärt, daß, falls die Türkei die Entscheidung des Rates nicht anerkennen werde, der jetzige Status quo, wonach England das Gebiet einstweilen im Besitz behält, beibehalten bleibt. Einer Kriegsdrohung durch die Türkei stehe England gleichgültig gegenüber, da die Türken über keine Eisenbahnen und keine Straßen verfügten, um ihre Truppen aufmarschieren zu lassen. Ebenso sei ihre materielle Unterlegenheit bekannt, und schließlich befinde sich die Türkei in einer sehr ungeklärten Finanzlage.

Interparlamentarische Konferenz

U. Neuyork, 21. September. (Eig. Drahtbericht.) Präsident Coolidge wird im Laufe der Woche den ehemaligen deutschen Reichskanzler Dr. Wirth empfangen. Man sieht Dr. Wirth als den bedeutungsvollsten Mann der interparlamentarischen Konferenz an. — Auf der Konferenz erwartet man über 200 Parlamentsabgeordnete aus allen Ländern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verhandlungsgrundlage schaffen. Da der neue französische Zolltarif vor einem halben Jahre nicht in Kraft getreten sein wird, kommt zunächst nur ein handelspolitisches Provisorium in Frage. Deutschland wird noch nicht für dieses Provisorium, sondern erst für das Definitivum die Meistbegünstigung zugestehen, wie das schon in den Verhandlungen vom 28. Februar verabredet worden war. Während von deutscher Seite auf den baldigen Beginn der Kommissionsbesprechungen gedrängt wurde, betonten die Franzosen, daß jetzt zunächst Deutschland an der Reihe sei, auf die letzten französischen Vorschläge vom Sommer zu antworden. Die deutsche Delegation erkannte eine Verpflichtung dazu nicht an, erklärte sich aber bereit, eine schriftliche Unterlage für die deutschen Verhandlungsvorschläge zu geben.

Die Verschiebung des Beginns der eigentlichen Verhandlungen bis in den Oktober hat zweifellos ihre Hauptursache in den bevorstehenden Paktverhandlungen. Der Ausgang der kommenden Ministerbesprechungen über die Paktfrage hat natürlich auch für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen große Bedeutung. Die Aussichten der Handelsvertragsverhandlungen im Oktober werden im allgemeinen auf beiden Seiten günstig beurteilt, da nach der Versicherung der deutschen Unterhändler der Wille zur Verständigung auch drüben besteht.

Das Blatt der Hohenzollern

Der Dalles bei der Sturmfahne

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erschien bisher noch immer der alte würdige Reichsbote, ein Blatt, das sich früher, insbesondere bei den orthodoxen Hofkreisen großer Beliebtheit erfreute. Jetzt aber scheint dem Reichsboten die Puste auszugehen und so haben etwa 60 Leute mit zum Teil sehr hochtönenden Namen, darunter eine Anzahl Herren mit dem Hofpredigertitel in dem Blatt einen Aufruf erlassen, in dem sie der Mitwelt Kenntnis davon geben, daß ein lebengefährlicher Dalles beim Reichsboten seinen Einzug gehalten hat und um die Unterstützung für dieses, unserm Volke entbehrliche Blatt bitten. Es heißt da u. a.:

„Laßt die Sturmfahne im Kampfe für das Kreuz Christi, Luthers reine Lehre, des deutschen Volkes nationale Machtstellung die Bedeutung des alten, vom Geiste der strengsten Pflichterfüllung beseelten Preußens der Hohenzollern, für soziales Denken und christliche Durchdringung des täglichen Lebens nicht in den Staub sinken!"

Das Berliner Tageblatt wirft die Frage auf, warum die Hohenzollern, die doch mit Mammon reich gesegnet sind, nicht in die Tasche greifen, um dem armen Blatt aus der Not zu helfen. Aber offenbar sind die Herrschaften aus der Familie Hohenzollern in derartigen Fällen nur allzu knickrig. Sie nehmen zwar gern die treuen Dienste ihrer Anhänger an, aber wenns ans Berappen geht, dann lassen sie ihre treuesten Untertanen im Stich.

Die Tagung der freigeistigen Verbände

In unsrer Ausgabe vom 11. d. M. befand sich eine Notiz „Tagung der Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände", die folgenden Absatz enthielt:

„Wie systematisch man von kommunistischer Seite für diese Sitzung vorgearbeitet hatte, wurde erhärtet durch die Tatsache, daß die unter kommunistischer Führung stehende Berliner Feuerbestattungskasse eingangs der Sitzung einen Antrag einbrachte, der von der Arbeitsgemeinschaft verlangte, daß die Neue Feuerbestattungskasse proletarischer Freidenker e. V., Leipzig, aus der Arbeitsgemeinschaft wegen arbeiterschädigenden Verhaltens auszuschließen sei."

Vom Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V. werden wir jetzt um die Aufnahme folgender Berichtigung ersucht:

„Es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß unsre Organisation unter kommunistischer Führung steht. Von den drei Delegierten, die in Coburg unsere Organisation vertraten, war nicht einer Mitglied der KPD. In unserer Organisationsleitung (Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsleitung), die aus insgesamt 24 Personen besteht, ist nur einer dieser Genossen Mitglied der KPD., während die überwiegende Mehrheit zur SPD. gehört."

Die deutsche Auslandsverschuldung

Auf dem deutschen Bankiertag machte der Bankier Rudolf Löb, Mitglied des Bankhauses Mendelssohn Angaben über die deutsche Auslandsverschuldung. Er führte dabei aus, daß die langfristigen Anleihen ohne die Dawesanleihe, aber einschließlich der Rentenbankkreditanstalt eine Gesamtsumme von etwa 660 Millionen Mark darstellten. Die kurzfristige Verschuldung Deutschlands an das Ausland sei von dem Direktor des Statistischen Reichsamts, Walter Surlat, für den 30. Juni dieses Jahres auf höchstens 1600 Millionen Reichsmark geschätzt worden, eine Summe, die er aber selbst als zu hoch gegriffen annehme. Löb glaubt, daß die Summe erheblich niedriger sei. Jedenfalls dürfte die schwebende deutsche Schuld an das Ausland nicht weiter wachsen, sondern es müsse auf ihre Verminderung hingewirkt werden.

In einer Resolution, die dann zur Frage der Auslandsverschuldung angenommen wurde, wird ausgesprochen, daß die deutsche Wirtschaft ausländischer Beteiligungen und Kredite dringend bedürfe. Die Eingehung neuer ausländischer Verpflichtungen könne aber nur insoweit gerechtfertigt werden, als die vom Ausland hereingenommenen Beträge in Deutschland auch bei zweckmäßiger Bewirtschaftung nicht aufgebracht werden können. Es wird dann eine richtige Bewirtschaftung der in Deutschland vorhandenen Gelder gefordert und gesagt, daß es zur Herabdrückung der Kreditansprüche an das Ausland erforderlich wäre, daß die öffentlichen Gelder möglichst unmittelbar an diejenigen Stellen gingen, welche die für die Verwaltung der Gelder und ihre Weitergabe an die Wirtschaft erforderliche Erfahrung und Organisation zur Verfügung stellen.

Man wird der Forderung beistimmen müssen, daß mit dem so beschränkten deutschen Kapital jetzt sehr vorsichtig umgegangen werden sollte. Jede Verschwendung und Verzettelung von Kapital ist heute ein schwerer Schaden für die Volkswirtschaft. Nur können wir uns der Forderung nicht anschließen, die auch auf dem Bankiertage zum Ausdruck kommt, und die heute auf allen Unternehmertagungen erhoben wird, daß die öffentlichen Körperschaften, Staat und Gemeinden nicht thesaurieren, kein Kapital ansammeln, sollen. Es scheint uns im Gegenteil notwendig, daß Staat und Gemeinden sich an der Kapitalbildung beteiligen, nur müsse freilich dafür gesorgt werden, daß das angesammelte Geld dann im Interesse der Volkswirtschaft verwendet wird, so insbesondere zur Erschließung der Wasserkräfte und zum Ausbau der Elektrizitätswirtschaft.

Das sind deutsche Aerzte!

Sie verweigern der Nicht-Gebären-Wollenden die Hilfe!

Der Leipziger Aerztekongreß hat kürzlich eine Resolution gefaßt, in der er die Hilfe des Arztes bei künstlichen Aborten ablehnt — und das im Jahre 1925!

Die ganze Welt hallt wider vom Kampf um die Geburtenkontrolle. In England hat sich kürzlich ein richtiger Bischof für die Kinderbeschränkung eingesetzt. Selbst im puritanischen, affenfeindlichen Amerika schwillt die Bewegung zugunsten des künstlichen Abortus mächtig an, und in Belgien, Frankreich und Rußland ist die Beseitigung der Frucht aus sozialen und hygienischen Gründen schon längst durch Gesetz gestattet. Nur unsre deutschen Aerzte erweisen sich würdig der deutschen Richter auf dem Gebiet einer nahezu mittelalterlichen kulturellen, politischen und sanitären Reaktion.

Und doch marschiert der Gedanke der Geburtenbeschränkung unaufhaltsam fort. So scheuen sich selbst unsre Richter, den veralteten Paragraphen 218 überhaupt noch in Anwendung zu bringen und stottern meist zur Begründung ein paar verlegene Phrasen vor sich her! Nur deutsche Aerzte werfen sich als Korpsstudenten und ehemalige Sanitätsoffiziere in die Brust und lehnen den künstlichen Eingriff ab „mit Rücksicht auf den ärztlichen Stand"? Der Arzt, sagen diese Herren, ist dazu da, das Leben zu erhalten und nicht es abzutöten. Das Geburtenproblem sei eine rein wirtschaftliche Angelegenheit. Und das schlägt nicht in unser „Ressort"! — sagen sie.

Selbst wenn der Staat den künstlichen Abort gestattet, werden die Aerzte trotzdem „kein Leben zerstören". Sie werden diese Arbeit mit einer großen Geste an ihre Kollegen, die Herren Kurpfuscher überweisen. Die mögen das keimende Leben abtöten und oft das der Mütter dazu! Die Hebamme und der Schutzmann sollen dieses hochwichtige hygienische und soziologische Problem lösen. Die Aerzteschaft ist zu vornehm dazu!

Dabei ist den Herren sehr gut bekannt, daß in Deutschland sicherlich 600 000 bis 700 000 Aborte jährlich vorgenommen werden! Es ist ihnen sicherlich bekannt, daß ein großer Teil davon von den Aerzten vorgenommen wird. Es fragt sich nur, warum, für welches Honorar und für wen! Diese 700 000 Aborte sollen nun gänzlich den Kurpfuschern und den Engelmacherinnen überantwortet werden?

Verträgt sich das mit dem Grundsatz der Prophylaxe, das heißt der ärztlichen „Vorbeugung" drohender Schäden? Wissen die Herren nicht, daß wirtschaftliche Not der Brutherd des Abortus wie jeder Krankheit überhaupt ist? Darum weg mit einer solchen ärztlichen Dokirin!

Welttagung der Kriegsopfer

Genf, 19. September. Auf dem Internationalen Kongreß der Vereinigungen der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer sind Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Italien, Polen, Serbien und die Tschechoslowakei durch Delegierte vertreten. Zum Vorsitzenden wurde ein Franzose gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Maroke, Deutschland. In seiner Eröffnungsansprache äußerte der Vorsitzende als leidenschaftlicher Anhänger des Völkerbundes und seiner Ideen die Hoffnung, daß dem Völkerbund in Zukunft alle Staaten, insbesondere Deutschland, unter denselben Bedingungen angehören sollten wie die bisherigen Mitglieder des Völkerbundes. Es sei wünschenswert, daß die Kriegsinvaliden aller Staaten sich zu einer festen Vereinigung zusammenschlössen und in einem regen Gedankenaustausch miteinander zur Verteidigung ihrer Interessen eintreten. Hierauf wurden zwei Kommissionen gewählt, die erste zur Prüfung der Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit dem Völkerbund, die zweite Kommission zur Beratung des Zusammenschlusses aller Kriegsinvalidenvereinigungen. Am Nachmittag wurden die Mitglieder des Kongresses im Internationalen Arbeitsamt durch Albert Thomas empfangen, der ihnen die Mitarbeit seines Amtes zusicherte.

Ein Gesetz gegen die Vielweiberei

B. **Konstantinopel**, 19. September. (Eig. Drahtb.) Der Nationalversammlung in Angora ist ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, der die Abschaffung der Polygamie (Vielweiberei) in der Türkei vorsieht. Die Vielweiberei war in der Praxis von jeher ein Vorrecht der Reichen, die die Harems zu ihrem Genusse hielten und die Frau zur Geschlechtssklavin entwürdigten. Ob es der Gesetzgebung gelingt, wirklich Wandel zu schaffen, steht noch sehr dahin.

Die Reichs-Frauenkonferenz

Heidelberg, den 19. September.

Im festlich geschmückten Saale der Stadthalle fand am Freitag abend zu Ehren der Delegiertinnen der Reichsfrauenkonferenz ein gastlicher Begrüßungs- und Unterhaltungsabend statt. Die Begrüßung der Genossin Wolff-Jaffé, die an die freiheitlichen Traditionen Heidelbergs erinnerte, und des Genossen Friedrich Ebert gedachte, wurden umrahmt von prächtig zum Vortrag gebrachten Liedern des Frauenchors, Heidelberg. Außerdem kam auch der Humor zu seinem Recht, indem eine große Anzahl von Gedichten und Liedern in verschiedenen Mundarten zum Vortrag gelangte.

Am Sonnabend vormittag eröffnete die Genossin Juchacz die Konferenz und gedachte in ehrenden Worten der Genossin Ottilie Baader.

Genosse Dittmann begrüßte im Namen des Parteivorstandes die Frauenkonferenz und betonte, daß heute die Frauen an allen politischen Fragen des Tages anteilnehmen und außerordentlich wertvolle und praktische Arbeit in den verschiedenen Parlamenten leisten. **Wenn heute viele proletarische Frauen noch einen falschen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen, so ist das kein Beweis gegen das Frauenwahlrecht an sich.** (Sehr richtig.) Auch die Männer haben Jahrzehnte gebraucht, um einen richtigen Gebrauch vom Wahlrechte zu machen. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bald die Zeit kommen möge, wo besondere Frauenkonferenzen nicht mehr notwendig sind und wünscht der Verhandlungen besten Erfolg. (Beifall.)

Genossin Irene Blasing begrüßte hierauf im Namen der Heidelberger und der badischen Genossinnen die Frauenkonferenz. Die Tagung soll ein wirkungsvoller Auftakt für unsre künftige Tätigkeit sein. Baden hat gegenwärtig bei rund 25 000 männlichen Mitgliedern 2800 Genossinnen, 20 Vertreterinnen im Stadtparlament und 3 Vertreterinnen im Stadtrat. Sie wünschte im Verlauf ihrer weiteren Ausführungen der Tagung einen guten Verlauf. (Beifall.)

Darauf wurden zu Vorsitzenden der Konferenz die Genossinnen Juchacz, Nemitz und Blasing gewählt.

Frauenbewegung und Sozialdemokratie.

In ihrem Referat wies die Genossin Juchacz unter anderm darauf hin, daß die Sozialdemokratie es gewesen ist, die der Frauenbewegung am Vorurteilslosesten gegenübergestanden und die Forderungen der Frauen stets unterstützt hat. Man hätte meinen sollen, die Gleichberechtigung würde dazu beitragen, die Frauen in großen Massen der politischen Organisation zuzuführen. Sehen wir uns jedoch die Mitgliederzahlen an, so finden wir, daß der Prozentsatz zur Gesamtmitgliederzahl noch relativ klein ist. In diesen Ziffern drückt sich trotz alledem ein Stück politischer Aufklärung aus. Zum geistigen Leben innerhalb unsrer Frauenbewegung muß gesagt werden, daß die Genossinnen oftmals noch nicht den richtigen Gebrauch von der ihnen gegebenen Bewegungsfreiheit machen. Leider haben wir die betrübliche Tatsache zu verzeichnen, daß der Prozentsatz der Gemeindevertreterinnen in den ländlichen Gemeinden stark zurückgegangen und kaum noch festzustellen ist. Deshalb müssen wir uns in Zukunft eingehend mit dieser Frage beschäftigen. Um unsere Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen ist Vorbedingung, daß wir sie mit guten Gründen belegen. Das setzt voraus, daß wir über unsere Forderungen unter uns selbst einig sind.

Daß die „Frauenwelt" sehr großen Anklang gefunden hat, geht aus den vielen Zuschriften hervor. Wir müssen versuchen, noch in weitere Frauenkreise einzudringen. Die Frauenwelt muß als das bezeichnet werden, als das sie betrachtet werden will, nämlich als Mittel zum Zweck. Die Arbeit würde uns sehr erschwert werden, wenn die Frauenwelt schon von außen her als absolut sozialistische Zeitschrift gekennzeichnet wäre. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, können wir eine Berechtigung für eine neue Frauenzeitschrift nicht anerkennen. Ueber die Informationsschrift „Die Genossin" ist im allgemeinen sehr wenig Kritik zu hören.

In bezug auf das Versammlungswesen wäre es falsch, unsre Genossinnen dazu zu verurteilen, im Wahlkampf nur vor Frauen reden zu lassen. (Allgemeine Zustimmung.) Die Genossinnen müssen so viel wie möglich in allgemeinen Versammlungen sprechen. Anders dagegen sind die

Frauenfeierstunden und Frauenweltabende

einzuschätzen. Von ihnen strahlt eine große propagandistische Wirkung aus. Mit unsern Bildungseinrichtungen muß viel mehr zusammengearbeitet werden, so daß es möglich ist, Frauenkurse, Frauenarbeitsgemeinschaften, Frauenleseabende usw. durchzuführen. Viele unsrer Genossinnen können die Hemmungen in allgemeinen Veranstaltungen nicht überwinden. Wollen wir ein weibliches Führertum heranbilden, ist es notwendig, daß wir die Frauen dauernd zusammenfassen und jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihnen Mut zu ihrer Arbeit einzuflößen und ihnen die Fähigkeiten zu vermitteln, aus dem Rahmen der Frauenveranstaltungen herauszuwachsen.

Um die Kräfte für die politische Bewegung freizustellen, ist jetzt eine Geschäftsführerin für die Arbeiterwohlfahrt angestellt worden. Hoffen wir, daß im nächsten Jahre über einen großen Fortschritt in der Frauenbewegung berichtet werden kann. (Beifall.)

In der Aussprache über das Referat bezeichnete es Genossin Wellmann, Osnabrück, als eine Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Frauen, für den Frieden zu wirken. Die Frauen müssen sich klar werden, inwieweit es möglich ist, einer Kriegsgefahr entgegenzuwirken.

Genossin Arning, Magdeburg, berichtete, daß der Bezirk 88½ Prozent organisierte Frauen besitzt. In unsrer Bewegung müssen wir vielmehr dazu kommen, daß unsre Genossen in der Genossin nicht eine Frau sehen, sondern daß sie in ihr den Menschen erblicken. In den Gemeindeparlamenten liegt ein ungeheures Arbeitsgebiet für die Frau. Leider macht sich hier die Zurückdrängung vielmehr bemerkbar, als anderswo. In der „Genossin" haben wir ein gutes Informationsorgan erhalten, wem sie nicht genügt, muß andre Möglichkeiten der Weiterbildung benutzen. (Beifall.)

Genossin Nemitz verlas darauf einen Antrag, der die Abhaltung regelmäßiger internationaler Frauentagungen verlangt sowie einen Antrag, der alljährlich die Abhaltung eines allgemeinen Antikriegstages fordert.

Genossin Schulz, Westfalen, glaubt, daß wir durch die Sonderkonferenzen der Frauen schließlich dazu kommen, uns selbst zu isolieren. Wir müssen vielmehr darauf hinarbeiten, daß Genossinnen zum Parteitag delegiert werden, denn jetzt sind vielfach die Genossinnen der Meinung, daß man die Genossinnen nur zur Frauenkonferenz zu senden brauche. (Beifall.)

Genossin Zabe, Hamburg, bedauerte, daß die Vertretung der Frauen in den Gemeindeparlamenten zurückgegangen ist. Denselben Vorgang haben wir auch bei den bürgerlichen Parteien zu verzeichnen. Sobald wir uns sachlich auf den Gedanken einstellen, die sozialdemokratische Bewegung zu fördern, werden wir auch von den Männern beachtet werden. Da die Männer leider nicht immer das notwendige Interesse für unsre Frauenfragen haben, müssen wir Frauenkonferenzen noch abhalten, obwohl es zweckmäßiger wäre, diese Fragen auch vor Männern zu behandeln. An Stoff für internationale Frauentagungen wird sicherlich kein Mangel sein. (Beifall.)

Genossin Ziegler, Leipzig, forderte, daß die Frauen sich mehr von den Fesseln freimachen müssen, die ihnen noch anhängen. Wir müssen von Mensch zu Mensch reden und uns darüber klar sein, daß auch Männer in der Arbeiterbewegung ihre Tätigkeit nicht immer im Interesse des Sozialismus ausüben, weil sie nicht verstehen, dem Sozialismus in der Familie Eingang zu verschaffen. (Beifall.)

Genossin Tobenhagen, Berlin, ist der Ansicht, daß sich die Frauen lieber durch einen Referenten belehren lassen, da sie meist nicht die Zeit haben, ein Buch zu lesen. In der Frage der Schulagitation wird bei den Frauen nicht immer das richtige Mittel eingehalten, so daß wir oft das Gegenteil von dem erreichen, was wir erreichen wollen. Wir müssen den Frauen erläutern, wo sittliche Werte im Sozialismus liegen. Mit dem Mittel besonderer Veranstaltungen muß vorsichtig umgegangen werden, da vieles von dem, was wir in den vergangenen Jahren getan haben, sich mählich überlebt. (Beifall.)

Genossinnen Schumann und Höfts, Stettin, klagen über Schwierigkeiten des Aufbaues einer Frauenbewegung in Pommern. Der Bezirksverband sei aber jetzt bemüht, der Frauenbewegung größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Genossin Nemitz, Berlin: Wir wissen, daß die Sozialdemokratische Partei von dem Wahlrechte der Frauen noch nicht den Erfolg hat, der ihr gebührt. Besonders notwendig ist es, festzustellen, daß bei den Beratungen um die Zollvorlage keine einzige bürgerliche Frau im Reichstag mitgewirkt hat. Auf die Mitarbeit der Frauen in den Parlamenten können wir nicht verzichten. Den Antikriegs- oder Friedenstag haben wir den 1. Mai, an dem wir seit Jahrzehnten die Forderung nach Völkerfrieden und Völkerversöhnung propagiert haben. (Sehr richtig! und Beifall.)

Genosse Dittmann, Berlin, wies im Hinblick auf die bayerischen und hessischen Landtagswahlen sowie auf die Berliner Kommunalwahlen auf die Notwendigkeit hin, mehr als bisher die Dienstboten aufzuklären. Die Eltern müssen ihren Kindern beschreiben, wie sie zu wählen haben, müssen sie in Betracht aufklären, damit sie nicht wieder dem Einfluß ihrer Herrschaften unterliegen. Dadurch können wir der Partei sehr viele Stimmen zuführen und die Mißstimmung gegen das Frauenwahlrecht behoben werden. (Beifall.)

Genossin Funk, Niederrhein, sprach für eine größere Verbreitung der sozialistischen Tagespresse. Gerade hier könnten die Genossinnen sehr viel wirken, wenn sie die Arbeiterfrauen dazu zum weitaus größten Teil die bürgerliche Presse lesen, aufklärten.

Genossin Wolf, Bochum, will, daß in unseren Versammlungen mehr zum Ausdruck kommt, daß der Sozialismus etwas wunderbares

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schnes ist. Um dies zu erreichen, kann man die Arbeiterjugend zur Ausgestaltung unserer Veranstaltungen heranziehen.

Genossin **Wurm**, Berlin, trat dafür ein, daß die Frauenkonferenzen vor dem Parteitag stattfinden, damit eventuelle Wünsche nicht ein ganzes Jahr liegen bleiben. „Die Genossin" könnte dadurch erweitert werden, daß regelmäßig Mitteilungen über die internationale Frauenbewegung gegeben werden. Wir wünschen, daß die jetzige Frauen-Internationale eine solche Bedeutung gewinnt, daß in Zukunft Kriege unmöglich werden. (Lebh. Beifall.)

Die Nachmittagssitzung beginnt mit dem Referat des Genossen Dr. Saenger, München:

Die Frau im neuen Strafrecht.

Was als recht und richtig gilt ist das Spiegelbild der kulturellen Verhältnisse seiner Zeit. Wie der Staat, so das Strafrecht. Im römischen Reiche, in dem sich eine hauptsächlich Landwirtschaft treibende Bevölkerung befand, war die Grenzsteinverrückung das schwerste Verbrechen. Im Handelsstaate war das Münzverbrechen das schwerste, im Militärstaate dasjenige, was sich gegen die Autorität des Staatsoberhauptes verwandt. Die Vorstellung von den Rechten und Pflichten des einzelnen in den Gemeinschaften muß in Zukunft von kardinaler Bedeutung sein für den Inhalt des Strafrechtes sein.

Genosse Saenger gibt dann u. a. folgende interessanten Zahlen aus der Kriminalstatistik: Im Jahre 1923 betrug die Zahl der zur Verhandlung kommenden Anklagen 1 742 780 in Deutschland. Die Zahl der Rückfälligen beträgt 18,6 Prozent. Auf 100 Verurteilte Personen kommen 80 Männer und 20 Frauen. Die Männer überschreiten die Zahl von 80 Prozent in folgenden Fällen: bei Raub 96,8, bei Nötigung 93 Prozent. Am geringsten beteiligt sind die Männer bei dem Verbrechen des Meineides und der Beleidigung. Die Frauen überschreiten die Zahl von 20 Prozent: beim Meineid 31, bei der Beleidigung 33,6 Prozent, bei Urkundenfälschung 25 Prozent. Den größten Prozentsatz rückfälliger Frauen gibt es bei der Beleidigung. Unter dem Durchschnitt der Kriminalität ist die Frau bei Sachbeschädigung, bei Gewaltanwendung gegen Beamte, bei Nötigung und Bedrohung und bei schwerem Raub.

Bisher beruhte das Strafrecht auf dem Gedanken, daß der Staat nach dem

Grundsatz der gerechten Vergeltung

wirkt. Dieser Grundsatz hatte jedoch nur ein Steigen der Kriminalität zur Folge. In dem neuen Strafgesetzentwurf klingen schon neue Grundgedanken durch: Berücksichtigung der Ursachen und Verhütung der Folgen des Verbrechens. Aufgabe der Zukunft wird die Verhütung der Ursachen des Verbrechens sein. Der Bankrott des jetzigen Strafgesetzes zeigt sich z. B. in der erschütternden Tatsache, die in einer preußischen Zuchthausstatistik festgestellt wurde, daß im ganzen bei 92,3 Prozent der Zuchthausinsassen absolut sicher eine Rückfälligkeit zu rechnen war. Die Zahl der vorbestraften Verbrechen ist vom Jahre 1889 bis 1909 um 60 Prozent gestiegen. Aus den Kriminalstatistiken geht eindeutig der Zusammenhang zwischen steigendem Getreidepreis und Steigerung der Kriminalität hervor. Ein weiterer Zusammenhang besteht zwischen Alkohol und Kriminalität. Es ist nachgewiesen, daß z. B. in Bayern zumindest 13 Prozent aller Verurteilten Alkoholiker waren.

Die Kriminalität der verheirateten Frau

ist wesentlich höher, als die der unverheirateten Frau, während bei dem Manne die des ledigen Mannes überwiegt. Hieraus ist klar zu ersehen, wieviel unsre Eheverhältnisse zu wünschen übriglassen.

Ferner ist die Tatsache interessant, daß von den männlichen Strafgefangenen in Preußen 60 Prozent keine oder eine ganz unzulängliche Volksschulbildung erhalten haben.

Was den neuen Strafgesetzentwurf betrifft, so ist anzuerkennen, daß in diesem Entwurf sehr viel enthalten ist, was nicht vorhanden würde, wenn es keine Sozialdemokratie gäbe. Neu ist in diesem Entwurf z. B. die ausdrückliche Feststellung, daß man unter Frau auch eine jede unverheiratete Person weiblichen Geschlechts zu verstehen hat. Ein neuer Schutz für die Frau besteht darin, daß künftig mit dem Worte Gewalt auch ausdrücklich die Drohung und Suggestion bezeichnet wird. Ferner ist in den Entwurf der Begriff der verminderten Zurechnungsfähigkeit aufgenommen worden. Zu begrüßen ist es, daß die kurzen Freiheitsstrafen teilweise durch Geldbußen abgelöst werden können. Neu und im Einklang mit den Forderungen der Sozialdemokratie ist es, daß bei der Bemessung der Geldstrafe die Wirtschaftslage des Täters zu berücksichtigen ist, und daß die Strafe ratenweise abgezahlt werden kann. Bekämpft muß werden und werden, daß

die Todesstrafe

noch grundsätzlich im Entwurf vorgesehen ist. Hier muß besonders die Frau in die Bresche springen und glühend gegen diese Barbarei protestieren. Spurlos sind aber die Forderungen der Sozialdemokratie insofern nicht vorübergegangen, als in dem neuen Entwurf doch mildernde Umstände zugebilligt werden können, was bisher noch nicht der Fall war. Bei Tötung auf Verlangen gab es bisher die Mindeststrafe 3 Jahre Gefängnis. In dem Entwurf ist die Mindeststrafe auf 8 Tage herabgesetzt. Ferner enthält der neue Entwurf die Bestimmung, daß eine Mutter, die ihr Kind in oder auch nach der Geburt tötet, nur mit Gefängnis bestraft wird, während sie bis jetzt mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren bestraft wurde. Bei dem Paragraphen 218 ist insofern eine Milderung eingetreten, daß versuchte Abtreibung, die bis jetzt mit mindestens 6 Monaten Gefängnis bestraft wurde, in leichten Fällen straffrei bleiben kann. Bis jetzt war nach dem Strafrecht jedes Ausstellen von Gegenständen, die der Verhütung der Schwangerschaft dienen, verboten. Auch hier ist eine leise Besserung insofern eingetreten, als nur das Ausstellen von solchen Gegenständen bestraft wird, das in einer den Anstand verletzenden Weise vor sich geht. Bei den Delikten, die unter den Paragraphen Nötigung zur Unzucht fallen, sind die Strafen wesentlich erhöht worden. Mir erscheinen die Strafen in diesen Fällen allerdings noch nicht hoch genug, besonders in den Fällen, die den geschlechtlichen Mißbrauch von Kindern betreffen, weil der Schaden, der hier angerichtet werden kann, in der Mehrzahl der Fälle ein nicht wieder gutzumachender ist.

Wo ein Fortschritt in diesem Gesetzentwurf enthalten ist, ist dieser, das darf ich wohl sagen, das ausschließliche

Ergebnis der 70jährigen Kulturarbeit der Sozialdemokratie.

Viele Teile müssen wir noch rückhaltlos bekämpfen, aber der Gesetzgeber hat sich uns doch in soundso vielen Grundproblemen beugen müssen. Folgendes muß der Sozialdemokrat für die Frau im künftigen Strafrecht verlangen: Wenn die Frau ihre sozialen und ihre gesellschaftlichen Aufgaben nicht erfüllt, so kann die Gesellschaft sie wegen dieser Nichterfüllung nur dann bestrafen, wenn sie ihr auch die Voraussetzung zur Erfüllung dieser Verpflichtungen gibt. — Mutter und Kind, als die Grundlage der Gesellschaft, sind gegen jede Ausbeutung durch weitestgehende Sicherheitsmaßregeln zu schützen. Dieser Schutz hat sich insbesondere zu erstrecken gegen jede Gewalttat gegenüber der Frau und dem Kinde in körperlicher und seelischer Hinsicht. — Die Frau ist als gleichberechtigter Faktor in der Kriminalfürsorge, in der Kriminalrechtsprechung zu bewerten. Das, was ich Ihnen vom Fortschritt sozialistischer Erkenntnis sagen durfte, wird Sie doch vielleicht in dem großen Gedanken stärken, daß Arbeit Menschenpflicht ist, die sich verlohnt. Lassen Sie uns in diesem Glauben und seiner heiligen Kraft weiterarbeiten und grüßen wir in der Ferne das befreite Vaterland der Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Von einer Diskussion über das Referat wurde Abstand genommen und auf Antrag der Genossin Ziegler einstimmig beschlossen, den Parteivorstand zu ersuchen, das Referat in Broschürenform herauszugeben.

Sodann wurde die Diskussion über das Referat der Genossin Juchacz fortgesetzt, in der noch die Genossin Sachse, Thüringen, für Abhaltung internationaler Frauentage und für Stattfinden der Frauenkonferenz vor dem Parteitag eintrat, während die Genossin **Maschke**, Berlin, es als gleichgültig bezeichnete, ob die Frauenkonferenzen vor oder nach dem Parteitag abgehalten werden, wenn Spezialfragen behandelt werden.

Im Schlußwort ging die Genossin **Juchacz** auf verschiedene Anregungen und Wünsche der Genossinnen ein. Die Wahlen des letzten Jahres haben eine ruhige und stete Entwicklung der Frauenbewegung gehemmt. Um der Frauenbewegung zu dienen, müssen wir alle Kräfte entwickeln, dem Sozialismus zuliebe, der sich nicht ohne die Frauen entwickeln kann. Die Bedeutung der Frauenfragen liegt darin, daß die Frauen genügend Kräfte entfalten, um die Aufgabe zu lösen, die ihm durch die Stunde zugewiesen ist. Mit dem Wunsche, daß wir die Kraft zur Lösung dieser Aufgabe finden, daß es vorwärts geht dem Lichte entgegen, schloß Genossin Juchacz unter Beifall ihre Ausführungen, und Genossin Blasing erklärt darauf die Frauenkonferenz für geschlossen. Nach einem dreifachen Hoch auf die badische und deutsche sozialdemokratische Frauenbewegung stimmten die Delegiertinnen in das Lied ein:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Lichte empor,
Hell aus dem Dunkeln, Vergangnen leuchte die Zukunft hervor.

Kleine politische Nachrichten

Hindenburg als Stahlhelmkamerad

Hindenburg hat 500 Stahlhelmführern für eine Entschließung der mitteldeutschen Verbände in einem persönlichen Schreiben Dank und kameradschaftliche Grüße ausgesprochen.

Aufrüsten in Tschechien

Der tschechoslowakische Staatshaushalt für 1926 erhöht den Militäretat um 120 Millionen Kronen, also 6,6 Prozent. — Die tschechische Regierung hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie bereit sei, in Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-tschechischen Schiedsgerichtsvertrages einzutreten.

Konservative Niederlage in England

London, 19. September. Bei der Ersatzwahl zum Unterhause in Stockport wurde der Arbeiterkandidat mit 20219 Stimmen gewählt. Der konservative Kandidat erhielt 17892, der liberale 17296 Stimmen.

Umsturz in Bolivien

U. **Neuyork**, 19. September. (Eig. Drahtb.) Nach einer Meldung aus Buenos Aires ist in Bolivien die Revolution ausgebrochen. Der ursprünglich zum Präsidenten von Bolivien gewählte José Villanueva mußte nach Chile fliehen, um seiner Verhaftung zu entgehen. In Bolivien ist der Belagerungszustand verhängt worden. — Soziale Ursachen sind bei diesen Revolten gewöhnlich nicht im Spiel. Meist handelt es sich um Beseitigung einer Cliquenherrschaft durch — die andere.

Volkswirtschaft

Erfolg der Rentenbankanleihe

Der Rentenbank-Anleihe in Amerika ist ähnlich wie seinerzeit der Reparationsanleihe ein starker Erfolg zuteil geworden. Die Zeichnung wurde binnen wenigen Minuten geschlossen und trotzdem sind etwa für 500 Millionen Dollars dieser Werte verlangt worden, obwohl nur 25 Millionen zur Zeichnung aufgelegt wurden, von denen außerdem noch ein Teil in andre ausländische Staaten gegangen ist. Infolgedessen werden nur etwa 5—10 Proz. der gezeichneten Beträge durch Zuteilung den Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Die Anleihe wurde auch sofort an der Börse notiert, und zwar mit 96¼ Prozent, zeitweilig sogar bis zu 98½ Prozent. An die günstige Aufnahme der Anleihe knüpfen sich große Hoffnungen der deutschen Agrarier, später noch ähnliche Anleihen in großem Umfange und auch zu leichteren Bedingungen im Ausland aufnehmen zu können. Der deutschen Landwirtschaft ist ein solcher Erfolg durchaus zu wünschen, wenn es ihr gelingt, einen recht großen Teil dieser Beträge produktiver Verwendung zuzuführen und eine Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung zu bewirken. Bei der bisherigen Anleihe fehlen die Voraussetzungen dafür, da sie ja in der Hauptsache zur Abdeckung der Wechselkredite der deutschen Landwirtschaft also bereits verbrauchter Kredite bestimmt ist.

Aus aller Welt

Der Brand in Tokio

Brandstiftung — Drei Studenten verhaftet

Tokio, 19. September. (Eig. Drahtb.) Unter dem dringenden Verdacht, den Brand in dem japanischen Parlamentsgebäude vorsätzlich verursacht zu haben, wurden am Freitag drei Studenten verhaftet. Die Polizei setzt ihre Untersuchungen fort. Es wird jedoch über das Ergebnis vorläufig Schweigen bewahrt. Die Verhafteten sollen mit einer kommunistischen Verschwörung in Verbindung gestanden haben. Der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, wird auf eine Million Yen geschätzt. Das Kabinett tritt zusammen, um den Bau eines provisorischen Parlamentsgebäudes zu erwägen. Wahrscheinlich wird ein kaiserlicher Palast als provisorisches Parlament hergerichtet werden müssen.

•

Eine prinzliche Residenz eingeäschert

Tokio, 20. September. Die Residenz des Prinzen Tokugawa ist heute vormittag durch Feuer völlig zerstört worden. Der Schaden wird auf eine Million Yen geschätzt. Ueber die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Den eigenen Bruder überfahren. In Tuscon (Arizona) in den Vereinigten Staaten ereignete sich ein aufsehenerregendes Unglück. Der deutschamerikanische Fabrikant Charles Seiffert, der durch sein offenes Eintreten für Deutschland schon von sich reden machte, fuhr im Kraftwagen zum Bahnhof, um seinen Bruder Johannes Seiffert abzuholen. Er wurde unterwegs aufgehalten und fuhr sehr schnell, um die Ankunft des Zuges nicht zu versäumen. Doch es war bereits zu spät. Johannes Seiffert wurde auf dem Wege zu seinem Bruder Charles von dessen Automobil überfahren und getötet. Dem Fabrikanten wird zu schnelle Fahrt zur Last gelegt. Johannes Seiffert befand sich erst ein halbes Jahr in Amerika und hatte seinen Bruder seit beinahe 20 Jahren nicht mehr gesehen.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

am 19. September

Weizen, neuer 207—213 (207—213), Roggen, märk. 157—162 (157—162), Gerste, Sommer- 206—230 (206—230), Gerste, Winter- 174—177 (174—177), Hafer, märk. 174—182 (174—182), Weizenmehl 29,00—32,50 (29,00—32,50), Roggenmehl 23,75—25,25 (23,25—25,25), Viktoria-Erbsen 26,00—31,00 (26,00—31,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

	Meßort	19. 9.	20. 9.		Meßort	19. 9.	20. 9.
Moldau	Kamaik. . . .	+ 54	+ 64	Elbe	Brandeis	+ 18	+ 18
Moldau	Modran . . .	fehlt	+ 8		Melnik. .	+ 54	+ 56
Eger	Laun	— 21	— 20		Leitmeritz	+ 81	+ 78
Elbe	Nimburg . . .	+ 11	+ 15		Aussig . .	+ 40	+ 32
					Dresden .	— 108	— 112

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Opernhaus. Gestade, von denen Schiffe sich weit und weiter entfernen, entschwinden allmählich dem Auge des Reisenden, bis kaum noch bloße Erinnerung an einst Erschautes übrigbleibt. So geht es auch mit Kunstwerken, die manchmal eine Weile entzücken, deren Bild aber bei der Weiterreise auf dem Zeitenstrome nach und nach verblaßt und endlich vollkommen erlischt.

In diesen Kunstwerken gehört Richard Wagners „Tannhäuser". Er gleicht vielmehr jenen wenigen festen Sternen, die nie im Ozean untertauchen und so immer den Weitersegelnden leuchten. Die prächtige Aufführung ließ das einmal wieder innigst begreifen. Sie vermittelte eine hinreißende Verlebendigung des Werkes. Kutzschbachs anfangs gemessene Führung lockerte sich im Verlauf des Abends zu großem dramatischen Schwung. Taucherts Tannhäuser — im Heldentonlichen auf voller Höhe — fesselte weiter durch kennzeichnende Darstellung. Maria Rösler als Elisabeth feierte Triumphe mit der Schönheit ihres vollen Stimmklanges und den in letzter Zeit gewonnenen Künsten eines sichergestaltenden Darstellungsvermögens. Robert Burg gab den Wolfram, die Burkardt den bösen Geist des Stückes — die Venus — mit ungewöhnlicher, dramatisch packender Eindringlichkeit. Helgers von der Berliner Staatsoper, hier schon oft als Aushilfsgast begrüßt, sang mit großer, im intimen Liebesgespräch mit Elisabeth zu groß wirkender Stimme die Partie des Landgrafen. Eine junge Sängerin, Erna Berger, entzückte in der Rolle des Hirten. Die Töne standen sicher und sprachen hell und beweglich an. Das vollbesetzte Haus, vom Werke wie seiner Aufführung hingerissen, spendete begeisterten Beifall. P. B.

Albert-Theater. Shaws nun bald drei Jahrzehnte alte, in Dresden wiederholt zur Aufführung gelangte Komödie Helden hatte dem Albert-Theater am Sonnabend einen hübschen Erfolg. Was es mit dem militärischen Heldentum auf sich hat, das als Nährboden ein barbarisches Kulturniveau voraussetzt, wird hier so erschütternd gezeigt, daß man wünschte, für Jungdo, Stahlhelm und Verwandte würden Sondervorstellungen veranstaltet. Die Aufführung betonte stark den satirischen Charakter des Werkes. Szene und Spiel hatten etwas Witzblattmäßiges, alle Pointen waren scharf, deutlich, im Bildhaften wie im Sprachlichen, allzu deutlich herausgearbeitet. Jedenfalls aber spürte man die liebevolle, auch aufs Kleinste bedachte Arbeit der Spielleitung, für die Otto Stoeckel zeichnete, und des Bühnenbildners Hermann Haindl. Es soll hier konstatiert werden, ob nicht Shaw in der Zeichnung des balkanischen Milieus ungerecht gewesen, ob er, der Außenseiter, hier nicht noch allgemeinen Vorurteilen befangen gewesen ist — er wollte ja nicht eine ethnographisch einwandfreie Schilderung der Bulgaren und Serben geben, ihm kam es nur darauf an, die Menschen möglichst drastisch zu zeigen, in welcher der „Held" am üppigsten gedeiht. Und deshalb wählte er Völker, die nach der allgemeinen Vorstellung mit westlicher Zivilisation nur dünn übertünchte Barbaren sind oder zur Zeit, da die Komödie spielt (1885), waren.

Fast allen Darstellern gelang es, der Absicht des Spielleiters gerecht zu werden. Ein strahlender Nationalheros, in dem Dummheit und Heldentum sich untrennbar miteinander mischten, war Karl Wüstenhagen, der besonders spaßhaft wirkte in seinen ewigen Denkmalsposen; Annaliese Goetz fand gut den Uebergang vom patriotisch verschrobenen Mondänchen zum natürlich empfindenden Weib; eine pompöse „Bulgaria", stand Elisabeth Huch auf der Bühne; Max Reiß, als ewig betrunkener Held zweiter Güte, schien sich irgendeinen Etappenkommandanten des Weltkrieges zum Vorbild genommen zu haben, und das Stubenmädchen der Klare Harten hatte so viel gesunde Natürlichkeit, daß man an ihrer Ueberlegenheit über die „Herrschaften" nicht zweifelte. Den unheldischen Helden des Stückes, den Hauptmann Bluntschli, den „Pralinesoldaten", gab der Spielleiter Stoeckel selber, nicht eben als einen Schweizer, sondern berlinisch zugespitzt, immer aber heiter überlegen, unpathetisch, überzeugend. Der „klügste Mann Bulgariens" hingegen, der Diener Nicola, wurde von Fritz Horrmann mit landläufiger Komikerroutine, aber scheinbar ohne Verständnis um die geistige Beschaffenheit dieses Mannes gespielt.

Die Aufführung, die nicht in allen Teilen ausgeglichen, aber niemals lahm und langweilig war, führte oft zu lauten Heiterkeitsausbrüchen und fand am Schluß ehrlichen Beifall. Hoffentlich bereitete sie den Zuschauern nicht bloß flüchtiges Ergötzen, sondern öffnete ihnen auch die Augen über den Wert des Heldensoldaten, der augenblicklich in gewissen Kreisen ja wieder besondere Verehrung genießt. pm.

Dresdner Kalender

Theater am 22. September. **Opernhaus:** Anrechtsreihe B: Fidelio (7½). Volksbühne Nr. 2315 bis 2376. — **Schauspielhaus:** Anrechtsreihe B: Sechs Personen suchen einen Autor (7½). Volksbühne Nr. 5508 bis 5537. — **Albert-Theater:** Der Kreidekreis (7½). — **Residenztheater:** Anneliese von Dessau (7½). — **Zentraltheater** (Neues Theater): Der Frechdachs (8). Volksbühne Nr. 6836 bis 7085. — **Theater am Wasaplatz:** Die Prinzessin vom Nil (8).

Schauspielhaus. Zu dem Spiel: Aini, von Julius Gerstl, dessen Uraufführung Donnerstag den 1. Oktober stattfindet, hat Constantin v. Mitschke-Collande die Entwürfe zu den Bühnenbildern geschaffen.

Die erste Morgenfeier: Frauen um Goethe, die Sonntag den 27. September stattfindet, erhält ihr Gepräge durch die Namen: Friederike Brion, Charlotte von Stein, Christiane Vulpius, Marianne von Willemer und Ulrike von Levetzow. Dichtungen, die von diesen Frauen angeregt oder ihnen gewidmet sind, werden vorgetragen von Willi Kleinoschegg und Felix Steinböck, gesungen (in Vertonungen Beethovens, Schuberts und Schumanns) von Grete Ritisch und Max Hirzel. Dr. Karl Wolff spricht Einleitungs- und Schlußworte. Fritz Busch begleitet am Klavier. Anfang 11½ Uhr, Ende nach 1 Uhr.

Konservatorium zu Dresden. Vielen Wünschen entsprechend, beginnt der erste Dramaturg des Schauspielhauses, Dr. Karl Wolff, Montag den 28. September nochmals einen zweimonatigen Rednerkursus, Theorie und Praxis der freien Rede (Vortrags- und Debattierübungen). Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Jeden Montag, abends von 7 bis 9 Uhr. Anmeldungen im Konservatorium, Landhausstraße 11, 2. Voraussichtlich wird in diesem Jahre ein weiterer Rednerkursus nicht stattfinden.

Die Opernschule Petrenz beginnt ihr 23. Schuljahr mit einer Aufführung der Oper: Die weiße Dame, am 5. Oktober im Volkswohltheater. Eintrittskarten sind in der Opernschule Petrenz, Albrechtstraße 41, von 10 bis 1 und von 5 bis 7 Uhr zu entnehmen. Aufnahmeprüfung neuer Schüler Montags und Mittwochs von 10 bis 11 und von 6 bis 7 Uhr.

Nidia Pines spricht morgen Dienstag (7½) im Künstlerhaus: Polikuschka, von Tolstoi. Karten: Neue Kunst Fides, Viktoriastraße 16, Ries und Residenz-Kaufhaus.

Neue Kunst Fides, Viktoriastraße 16. Sonderschau: Gemälde, Aquarelle und seltene Graphik von Franz Marc. — Ostasiatische Kunst, Bücher.

Die Kunstausstellung Dresden 1925 (Brühlsche Terrasse), die kürzlich um eine Sammlung von Radierungen und Stichen von Dürer, van Leyden, van Ostade und Rembrandt (aus dem Besitze des Kunstantiquariats Franz Meyer) bereichert wurde, wird am 4. Oktober geschlossen. Geöffnet: Sonntags von 10½ bis 5 Uhr, werktags von 9 bis 6 Uhr. Einzeleintritt 1 M. Illustrierter Katalog 1 M.

Künstlervereinigung Dresden. Die Sommerausstellung der Künstlervereinigung im neuen städtischen Ausstellungsgebäude an der Lennéstraße wird mit Ende dieses Monats geschlossen. Die Ausstellung bietet eine Gedächtnisausstellung von Hans Thoma, Malerei, Plastik und Graphik. Geöffnet: Sonntags von 10 bis 6 Uhr, wochentags von 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintrittspreis 1 Mark.

Kleine Mitteilungen

Eine Berliner Städtische Oper. Am Freitag abend wurde die neue Berliner Städtische Oper im früheren Charlottenburger Opernhaus mit einer Aufführung der Meistersinger unter Leitung von Bruno Walter eröffnet. Damit besitzt die Reichshauptstadt das erste eigene Theater.

Francis Darwin gestorben. Der Gelehrte Sir Francis Darwin, der Sohn und Mitarbeiter von Charles Darwin, ist am Sonnabend in Cambridge gestorben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Weidennutzungen an der Elbe sollen auf dem Stocke gegen sofortige Barzahlung nach einzelnen Teilstücken **verpachtet** werden, und zwar
Dienstag den 6. Oktober 1925, vorm. 10 Uhr, in Eulicks Schankwirtschaft in Wackwitz die Nutzungen zwischen Hosterwitz und der Fähre an der Saloppe in Dresden;
Mittwoch den 7. Oktober 1925, vorm. 10 Uhr, in der Dampfschiff-Schankwirtschaft in Hötzschenbroda alle Nutzungen von Dresden-Kaditzer bis Siebeneichen links und Meißen-Oberjahnaer rechts;
Freitag den 9. Oktober 1925, vorm. 10 Uhr, im Kaiser-Garten am Bahnhof in Meißen die Nutzungen links von Siebeneichen bis oberhalb des Hügrischhauses, rechts von Meißen-Oberspaar bis Seußlitz;
Sonnabend den 10. Oktober 1925, vorm. 10 Uhr, im Gasthofe zu Moritz die Nutzungen links von Moritz bis Forberge, rechts von Merschwitz bis Kötitzsch.

Die Listen der Teilstücke, die durch schwarze Striche auf den Dämmen, im übrigen durch Pfähle bezeichnet sind, und die allgemeinen Verpachtungsbedingungen sind bei den Straßen- und Wasserbauämtern Dresden, Abteilung Elbe und Meißen, im Wasserbauhof in Dresden-A. und in der Dammmeisterei Gröbel einzusehen. Listen können, soweit der Vorrat reicht, an Amtsstelle gegen eine Gebühr von 0,50 RM abgegeben werden. [5525

Dresden und Meißen, 16. September 1925.

Straßen- und Wasserbauämter Meißen und Dresden, Abteilung Elbe.

Tiefbewegt von der großen Verehrung und Liebe, dem herrlichen Blumenspenden und ehrenvollen Geleit zur letzten Ruhestätte meines lieben, treusorgenden Mannes, unseres Vaters, dem geliebten Sohne und Bruder

Herrn Wilhelm Hanschick

sprechen wir hierdurch den

aufrichtigsten Dank

aus. Besonderen Dank seinen Kollegen für das freiwillige Tragen, dem Betriebsrat der Firma Villeroy & Boch sowie dem Gesangverein Keramik. Herzlichen Dank auch Herrn Lehrer Kramer für seine trostreichen Worte am Sarge. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan.

Dresden-Pieschen, Bürgerstraße 6.
b2620 In tiefer Trauer:
Anna verw. **Hanschick und Kinder.**

Oederaner

schließt euch zusammen, rüstet zum

700jährigen Stadtjubiläum,

das im Jahre 1927 in der Heimat stattfindet, und tretet unserem Verein bei, der jeden zweiten Dienstag im Monat — nächstmalig am 13. Oktober — im Hans Sachs, Scheffelstraße, tagt.

Oederaner Landsmannschaft
Sitz Dresden [b342
H. Liebschner, 1. Vorsitzender.

Liquidationsbilanz

Aktiva	Passiva
Keine	Keine

Dresden, am 30. Mai 1925. [b 542
Gewoba Gebäude-, Wohnungsbau- u. Erneuerungsindustrie e. G. m. b. H., Dresden, in Liquidation.
W. Hörnig. R. Hollang. W. Sobiechowski.

Ohne Vorbildg., vollst. Ausbild. zu Werkmeistern, Betriebsleitern, Maschinen- und Elektrotechnikern bei verkürzter Studienzeit

DRESDNER Techniker-Kurse

Private Techn. Abendschule

Sonst. Vorzüg. werd. wörtlich bekannt. — Keine Lehrbücher! Unterr. 6-8 abds., Sonntag 11—1. Reichsstr. 11
Beginn d. Winter-Semesters
Telephon 45402 und 45497.

Sagen Sie es nicht Ihrem Manne,

daß Sie ihm von jetzt ab statt seines gewohnten, teuren Bohnenkaffees den billigeren **Quieta** vorsetzen. Er wird keinen Unterschied im Geschmack merken, nicht mehr nervös sein

und Sie können sich bald

infolge der dadurch erzielten Ersparnisse

manchen Wunsch erfüllen!

Die Quieta-Spezialmischungen enthalten Kaffeegewürze nach Wiener Art.

Ca. 300000 schriftliche Anerkennungen (notariell beglaubigt) von Hausfrauen, Ärzten und Behörden.

Quieta Gold mit 40% Bohnenkaffee, **Gelb** mit 25% Bohnenkaffee, **Rot** mit 10% Bohnenkaffee

Die Gesundheit unserer Lieblinge erfordert tägliche Mund- und Zahnpflege mit Bergmanns Zahnpasta

Rosodont

seit nahezu 75 Jahren glänzend bewährt
Dose 75 Pfg. Einlagestück 50 Pfg. Zinntube 75 Pfg.
Rosodont-Mundwasser Mk. 2.- u. Mk. 1.50
Rosodont-Zahnbürste Mk. 1.25.
A. H. A. Bergmann, Waldheim, Sa.

Lichtspiele Freiberger Platz

Diese Woche der zweite große Schlager!

Er bringt ein Programm:

Vom Gipfel des Staunens bis zum zwerchfellerschütternden Lachen!

Der amüsanteste Film der diesjährigen Saison!

Der Film der glänzenden Besetzung!

Die Blumenfrau vom Potsdamer Platz

7 Riesen-Akte

Berliner Leben bei Tag und Nacht
Berlin, wie es weint und lacht

In den Hauptrollen:

Reinhold Schünzel

als **Stiefelputzer, nach Feierabend, der Kavalier der großen Welt.** — Der Beste in seiner besten Rolle.

Erika Gläßner

als: **Die Blumenfrau, die auf Abwege gerät - unbezahlbar.**

Rosa Valletti — Ralph Roberts — Paul Morgan
Dieterle und die Blondine **Ebinger.**

Dazu: Das reichhaltige Beiprogramm

Niemand versäume, sich diesen aussergewöhnlichen Film anzusehen!

Einlaß 4, 6, 8¼, Sonntags 3 Uhr [1822

Nur zeitiges Kommen sichert guten Platz!

— — nur mit Pfab!
reell, sauber, billig

Hausfrauen!

vergessen Sie nicht den

Koch-Vortrag

Dienstag den 22. September 1925, abends 8 Uhr
im **Restaurant zum Kronprinz** in **Hosterwitz.**

Kostproben-Verteilung.

Eintritt frei.

[311] **Direktion der Gaswerke.**

MUTTER-KIND IM ZOO DRESDEN

Neu! Schimpanse! - Gemsbock! Neu

Sonntags von **4** Uhr ab:

Helbig-Konzert

Plauenscher Lagerkeller Linien 15, 1, 22

Jeden Dienstag 7 Uhr der beliebte
Neu! Ruhig-Jazz-Kapelle BALL

Suche für sofort zwei junge Leute
für leichte Beschäftigung. Zettel verteil. Wochenlohn Mark 25.—
Angebote an [b2978
P. Sörensen, Hamburg 19
Belle-Alliance-Straße 44

Trauringe
Paar von 12 M. an
massiv 333 Gold
Uhren und Goldwaren
Ed. Rudolph [b2781
Wettinerstraße 30.

Postkarten
m. Bild. Vergrößerung.
R. Jähnig, Marienstr. 12.
[1334

Ein Posten moderner
Tanzkleider [1334
schwere Seide, Crêpe de Chine, Cr. maroc., Taffet, entz. Formen und Farben, werden einzeln von **15 bis 25 Mark** verkauft
Bürgerwiese 21, part.

Wir empfehlen
Novellen der Freundschaft
Volksbuchhandlung
und ihre Filialen

Bestellungen
auf die
Dresdner Volkszeitung
sämtl. Parteiliteratur
Annahme v. Inseraten
Emil Krämer
Bannewitz, Weißchaise

Laubegast.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf sämtliche Literatur und Zeitschriften nimmt entgegen

Alfred Fresher, Laubegast, Bismarckstr. 1, pt.

Pfaff - Phönix - Adler
Nähmaschinen

Alleinvertretung:
Paul Schmelzer
An der Frauenkirche 20
Ziegelstraße 16/19 [1723

Joseph Roth

Der blinde Spiegel

DIE GESCHICHTE EINES WIENER MÄDCHENS
in klangvoller Sprache, plastisch geformt
In Ganzleinen 2.90 M.

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung
und ihre Filialen.

Lichtspiele Goldenes Lamm
Dresden-Trachau :: Leipziger Strasse 220

Von **Dienstag** den 22. bis einschl. **Donnerstag** den 24. Sept.:
Das Schlagerdoppelprogramm: [1248

Der Mann ohne Nerven

Packendes Detektivdrama in 7 Akten.
In der Hauptrolle: **Harry Piel.**

In den Sternen steht es geschrieben

Nach dem Roman „Der Mars im Todeshaus" in 6 Akten.

Beginn der Vorstellungen: Wochentags **6** und **8½** Uhr.

Stolzenberg-Fortuna

die deutsche Schnellschreibmaschine.

Unerreicht in Bauart und Leistung.
Zahlungs-Erleichterung :: Lieferung sofort.

Fabrikat der Waffenfabrik J. P. SAUER & SOHN, SUHL

Generalvertrieb

Soden & Koffmahn G. m. b. H.

Telephon 26530 **Dresden-N.** Alaunstraße 18.

[v 39

Kemnitz, Stetzsch, Cossebaude
und Umgebung

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**
sämtliche Parteiliteratur und Zeitschriften. Annahme von Inseraten durch Eugen Schmidt, **Stetzsch,** Meißner Straße 24, Mb. sowie sämtliche Austräger.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtl. Parteiliteratur und andere Werke — Inseraten- u. Drucksachen-Annahme
G. Guepper, Großenhainer Str. 133
Trachenberge.

Wir empfehlen
Seelsfield:
Das blutige Blockhaus.
Volksbuchhandlung
und ihre Filialen.

Getragene
Maßanzüge
u. **Winter-Mäntel**
v. **10** ℳ an sowie **neue**
hochmoderne
Anzüge
Schweden- u. Gummi-Mäntel, Joppen [1169
Manchest.-Anzüge
Burschen-Anzüge
Sport-Anzüge
Hosen aller Art
kaufen billig nur bei
Langermann
Gr. Brüderg. 9, I.
Sonnabends geschlossen

Tymians Thalia-Theater

Nur September !
Alles neu!

„Schrebergärten"
Der große Lacherfolg!
[v 47] **Urkom. Joe Shlotter**

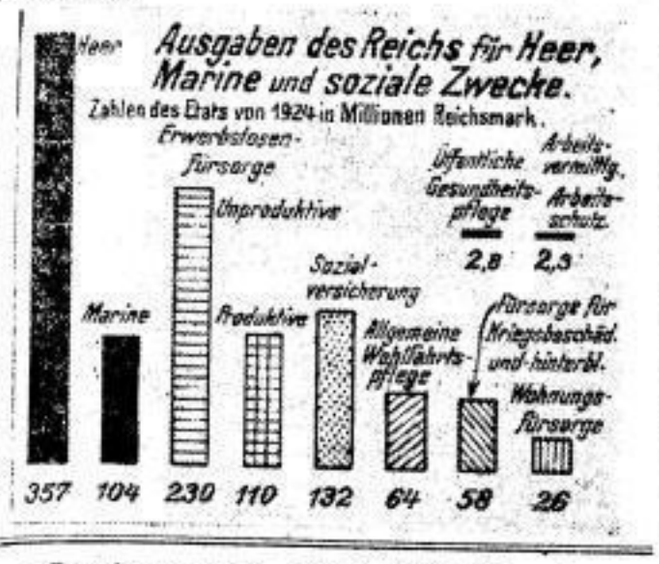
Wochentags alle Vorzugskarten gültig.
Vorverkauf 10—2 und 4 Uhr.
Anfang 8 Uhr. Ende ¾11 Uhr.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, Zeitschriften
Annoncen nimmt entgegen **Paul Schmidt**
Hellerau, Am Dorfrieden 6.

Gute Bücher
kauft man in der **Volksbuchhandlung**

Die Ausgaben des Reiches für soziale Zwecke

im Vergleich zu den Ausgaben für Heer und Marine zeigt unsere heutige Statistik. Sie läßt erkennen, daß die Ausgaben für die Landesverteidigung gegenüber den meisten Posten der Sozialausgaben sehr hoch sind. Es betrugen z. B. die gesamten Heeresausgaben, auf den Kopf des 100 000-Mann-Heeres berechnet, im Jahre 1924 3570 M., im Jahre 1913 nur 2082 M. Auch die Ausgaben für die Marine sind im Vergleich zu dem erheblich verringerten Personal- und Materialbestand gegenüber der Vorkriegszeit prozentual erheblich gestiegen. Demgegenüber nehmen sich die meisten Sonderausgaben für soziale Zwecke auch dann noch sehr bescheiden aus, wenn man berücksichtigt, daß zu den Reichsausgaben noch Sozialausgaben der Länder kommen.



Kußmann und Caspary

Der preußische Untersuchungsausschuß über die Staatsbankaffären hatte am Freitag wieder einmal eine bewegte Sitzung. Die fortgesetzten Angriffe der deutschnationalen Presse gegen das preußische Justizministerium wegen des Vorgehens gegen die berüchtigten ehemaligen Staatsanwaltschaftsassessoren Kußmann und Caspary gaben dem Staatssekretär Fritze Gelegenheit, auf Grund einer Anfrage aus den Kreisen der Zentrumsvertreter eine längere Erklärung abzugeben. Der Staatssekretär stellte fest, daß keinerlei politische Einflüsse von irgendwelcher Seite maßgebend gewesen seien, vielmehr sei er von den Haussuchungen durch den Chef der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Weiß, über dessen Absicht, vorzugehen, informiert worden, wobei ihm das Material, soweit es bis dahin vorgelegen habe, erläutert worden sei. Auf Grund dieses Materials habe das Justizministerium keine Veranlassung gehabt, sich schützend vor die beiden Beamten zu stellen, in deren eigenem Interesse es übrigens gelegen habe, daß diese Dinge restlos aufgeklärt würden.

Es entspann sich nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob man über die Bekundungen des Staatssekretärs Fritze in eine besondere Beweisaufnahme eintreten sollte. Man einigte sich zunächst darüber, daß aus dem Kreise des Ausschusses Fragen an den Staatssekretär gerichtet würden. Durch seine Fragen erreichte der deutschnationale Abgeordnete Deerberg lediglich, daß der Staatssekretär Einzelheiten mitteilte, die er zunächst in der Oeffentlichkeit noch nicht behandeln wollte, deren Bekanntgabe jedoch für die Fragesteller und ihre Schützlinge sehr peinlich hätte werden dürfte. So erfuhr man, daß der Assessor Caspary, der seit Jahren Gott und die Welt in Bewegung zu setzen versucht hat, um sich als die verfolgte Unschuld hinzustellen, und damit zunächst einen gewissen Eindruck auf linksstehende Kreise gemacht hatte, keineswegs so harmlos ist als er es glauben lassen möchte. So hat er beispielsweise den Oberstaatsanwalt Sethe zu veranlassen versucht, im Verfahren gegen die Deutschen Werke zu eröffnen, was aber der Oberstaatsanwalt nach gründlicher Prüfung des ihm von Caspary unterbreiteten Materials ablehnte. In seiner Wut über diese Abfuhr verstieg sich nun Caspary seinem Vorgesetzten gegenüber zu der Drohung, er würde eben zu der Eröffnung dieses Verfahrens genötigt werden. Diese deutliche Anspielung auf einen Pressefeldzug, wie er bereits so erfolgreich von der rechten Seite in der Barmat-Sache inszeniert worden war, läßt den naheliegenden Verdacht auftauchen, daß Caspary an der fortgesetzten Veröffentlichung von amtlichem Material nicht unbeteiligt gewesen sein dürfte.

Die Deutschnationalen hatten große Entrüstung markiert, als der Staatssekretär Fritze erwähnt hatte, daß er vor dem Kriminalpolizeilichen Vorgehen gegen die beiden Assessoren und ihre „journalistischen" Bundesgenossen den Landtagsabgeordneten Genossen Kuttner im Justizministerium empfangen hatte. Demgegenüber stellte der Staatssekretär Fritze nachdrücklich fest, daß Kuttner weder den geringsten Versuch einer Beeinflussung unternommen habe, sondern vielmehr das Material, das Weiß erst von ihm erhalten hatte, erläutert habe. An dem Teil der Unterredung, in dem Fritze mit Weiß das weitere Vorgehen dienstlich besprochen habe, jedoch Kuttler nicht mehr teilgenommen.

Genosse Kuttner bestätigte die Darstellung des Staatssekretärs ergänzte sie aber durch die Mitteilung, daß er in der ganzen Angelegenheit die Rolle der angeigenden Person gespielt habe: nachdem er das Material, das ihm zur Verfügung gestellt worden sei, aus dem der Verdacht strafbarer Handlungen durch die Staatsanwaltschaftsassessoren hervorging, kritisch geprüft und durch Stichproben dessen Richtigkeit festgestellt habe, habe er es der Berliner Kriminalpolizei zur weiteren Veranlassung übergeben, gleichzeitig das Justizministerium verständigt. Der Vorwärts habe dieses Material also nicht von der Polizei, sondern von ihm erhalten und es selbstverständlich erst veröffentlicht, nachdem die Haussuchungen stattgefunden hatten. Auch über das Ergebnis dieser Haussuchungen habe der Vorwärts von amtlicher Stelle keinerlei Mitteilungen erhalten, sondern lediglich die Meldungen offiziöser Korrespondenzbureaus veröffentlicht.

Die Kußmann und Caspary fanden außer bei den deutschnationalen und kommunistischen Abgeordneten noch einen recht unerwarteten Bundesgenossen in der Person des demokratischen Abgeordneten Kuschke. Herr Kuschke richtete an den Staatssekretär Fritze in einer Reihe von Fragen, die nicht anders aufgefaßt werden konnten als eine Stellungnahme zugunsten von Kußmann und Caspary. Da er dabei auch Spitzen gegen den Genossen Kuttner richtete, platzte nun dieser mit einer Reihe von Fragen an das Justizministerium heraus, die aufsehenerregende Enthüllungen über den Kußmann-Skandal enthielten. Aus diesen Fragen erfuhr man u. a., daß die Intimität zwischen Kußmann und dem unter falschem Namen lebenden deutschnationalen „Journalisten" Knoll-Klausing so weit ging, daß dieser in dem Amtszimmer des Kußmann amtliche Schriftstücke mit der Schreibmaschine abschreiben dürfte (angeblich während dessen Abwesenheit). Diese amtlichen, geheimen Schriftstücke, vor allem der Kammergerichtsbeschluß in Sachen Barmat fanden auf diese Art den Weg in die „Deutsche Zeitung".

Der Staatssekretär Fritze lehnte die Beantwortung dieser Fragen, die den materiellen Gegenstand des schwebenden Ermittlungs- und Disziplinarverfahrens bilden, ab.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Amtshauptleute, Gemeindeleiter und Stadträte Sachsens

am Sonntag, dem 27. September 1925, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Chemnitz

Tagesordnung:

1. **Bericht über die Tätigkeit im Gemeindetag (Referent: Genosse Otto Uhlig).**
2. **Verschiedenes.**

Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Der Vorstand.

Sachsen

Regierung und Reichsschulgesetzentwurf

Wachsende Opposition gegen die Pläne der Reichsregierung

Wie von maßgebender Seite verlautet, stehen die verantwortlichen sächsischen Stellen dem Reichsschulgesetzentwurf durchaus ablehnend gegenüber. Das haben die sächsischen Vertreter auf der Reichsschulkonferenz, die dieser Tage stattfand, auch offen und unumwunden zum Ausdruck gebracht.

Sachsen stand hier, nach Meldungen der bürgerlichen Presse, mit seiner Auffassung durchaus nicht allein, sondern fand den ungeteilten Beifall aller andern Länder. Bayern und Mecklenburg, wo die Verhältnisse wesentlich einfacher liegen, stimmten dem Reichsschulgesetzentwurf zu.

Im übrigen handelt es sich in Leipzig um eine Konferenz der Unterrichtsverwaltungen, die auf Wunsch der Reichsregierung die Aufgabe hatten, weniger politische Richtlinien zu suchen, als vielmehr die Auswirkung des geplanten Reichsschulgesetzes auf dem Gebiete der Schule näher zu besprechen. Würde der Reichsschulgesetzentwurf in dieser Form Gesetz werden, so würde das eine Zerschlagung des sächsischen Schulwesens bedeuten. Die achtstufige sächsische Volksschule müßte auf eine niedrigere Form herabsinken, da auf Antrag der Minderheiten einklassige Schulen gebildet werden müßten, die den Kindern zweifellos nicht die Ausbildung vermitteln könnten, wie es jetzt geschieht. Der Gedanke, daß Schulkinder acht Jahre dieselbe Klasse besuchen müßten, ist so absurd, daß die Angelegenheit eigentlich nicht mehr ernsthaft erörtert werden sollte. In Sachsen gibt es überhaupt keine einklassigen Schulen, so daß bei Annahme dieses Gesetzentwurfes die Schulen auf den Stand vor 1873 zurücksinken müßten. Dabei sind die finanziellen Folgen noch nicht berücksichtigt, die ein solches Gesetz nach sich ziehen müßte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dann eine große Menge neuer Schulgebäude errichtet und eine große Anzahl von Lehrern neu eingestellt werden müßte, da die Lehrer nur in einer Klasse verwendbar wären. Daß der sächsische Staat solche Mittel nicht hat, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Zudem würden auch nicht genügend Lehrer vorhanden sein, die Religionsunterricht erteilen könnten, da im Verhältnis zu den vom Religionsunterricht abgemeldeten Kindern viel mehr Lehrer von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, die Erteilung des Religionsunterrichts zu verweigern. Wie infolgedessen das Problem des Religionslehrers an solchen einklassigen Schulen gelöst werden sollte, bleibt unerfindlich.

Infolgedessen erklärt es sich zwanglos, daß Sachsen den Reichsschulgesetzentwurf durchaus ablehnt. Zur Zeit wird in unterrichteten Kreisen lebhaft ein andrer Plan besprochen, der die allgemeine Volksschule als die einzig mögliche Schulform, allerdings mit pflichtmäßigem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, vorsieht.

Wie der SPK. von bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, treffen diese Informationen nur zum Teil die Absicht der sächsischen Regierung. Die sächsische Regierung beabsichtigt vorläufig nichts! Sie hat auch nicht in so entschiedener Weise, wie behauptet wird, gegen die Absichten der Reichsregierung Stellung genommen, sich vielmehr abwartend verhalten. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins hat nach unsern Informationen am Sonntag in sehr eingehender Weise zu all diesen Plänen Stellung genommen und sich sehr eindeutig gegen gewisse Pläne, die aus Sachsen kommen, gewandt.

Zu hohe Kirchensteuern

Nach einer Meldung der Zittauer Morgenzeitung hatte sich vor einiger Zeit die Chemnitzer Handelskammer sehr scharf über die hohen Kirchensteuern beschwert. Darauf hat das Evaluth. Landeskonsistorium eine ausführliche Antwort gesandt, worin es mitteilt, daß 1914 der Staat 1 184 000 Mark Zulagen an Geistliche und 619 491 Mark als Entschädigung für weggefallene „Akzidenzien" bezahlt habe. Diese Zahlungen seien eingestellt worden, und die Frage ihrer Weiterzahlung sei zur Zeit Gegenstand von Verhandlungen. Die geistlichen Lehne und Kirchgemeinden hätten ihre Kapitalien in der Inflation verloren. Vor dem Kriege wäre der kirchliche Grundbesitz tatsächlich grundsteuerfrei gewesen, jetzt unterliege er der Grundsteuer. Die sächsische Staatsgesetzgebung habe der Kirche das Recht entzogen, ihre Lasten auf Grund-, Grunderwerbs- und Körperschaftssteuer zu verteilen, wie es 1914 Rechtens gewesen wäre. Das Landeskonsistorium behauptet natürlich weiter, daß der Kirchensteuersatz von 15 Prozent durchaus tragbar sei. Demgegenüber erklärt jedoch die Chemnitzer Handelskammer, daß die Landeskirchensteuer mit 5 Prozent der Reichseinkommensteuer wesentlich zu hoch bemessen sei, und daß nach dem Urteil von Persönlichkeiten, die die Verhältnisse beurteilen können, 2 Prozent vollkommen ausreichend seien. Die Wiederherstellung der verlorengegangenen kirchlichen Vermögenswerte und die Wiederinstandsetzung der kirchlichen Bauten müsse über eine größere Reihe von Jahren angemessen verteilt werden. — Es ist immerhin nicht uninteressant, daß selbst wirtschaftlich starke Kreise sich gegen die hohen Kirchensteuersätze wenden. Dabei steht fest, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger, soweit sie Mitglieder der evangelischen Landeskirche sind, prozentual ungleich mehr belastet sind als jene Kreise.

Ein geschäftstüchtiger Jungdomann

Der Oberstleutnant a. D. Mueller in Löbau, der nach der Revolution das rauhe Kriegshandwerk mit dem friedlichen Bindfaden- und Strickhandel vertauschte, nebenbei aber ein strammes Mitglied des Jungdeutschen Ordens ist, hat im Gebäude des Arbeitsnachweises eine fürstliche Wohnung, bestehend aus sechs heizbaren, zwei nicht heizbaren Zimmern und reichlichem Zubehör inne, die er aus geschäftlichen Gründen aufgeben will. Mueller, der nach Dresden zur Untermiete zieht, hat nach den für freigemachte Wohnungen geltenden Sätzen eine Prämie von 650 Mark von der Stadtverwaltung zu erhalten. Damit war der Herr Oberstleutnant aber nicht zufrieden und er stellte an den Stadtrat das Ersuchen, ihm eine Sonderentschädigung von dreitausend Mark zu gewähren, damit er seinen Umzug bewerkstelligen, die Dresdner Wohnung vorrichten und den Dresdner Mieter entschädigen könne.

Die Stadtverordneten hatten für den Geschäftssinn, der dem Herrn Oberstleutnant alle Ehre macht, kein Verständnis und lehnten das sehr sonderbare Verlangen einstimmig ab. Ob die „Jungdos" die Herbeiführung der Volksgemeinschaft in der gekennzeichneten Weise herbeiführen wollen, oder ob das Verhalten des Herrn Mueller mit dem Inhalt der Statuten in Einklang zu bringen ist? In einem Absatz heißt es bekanntlich: Er (der „Jungdo") will immer mehr ein festgefügter Block gegen alles Zersetzende und Zerstörende, eine Gemeinschaft ... für das Erhaltende und Erhebende werden. Eigensucht, Eitelkeit ... sollen mich nicht in meiner Ordenstreue wankend machen.

Finanzminister Dr. Reinhold ist am heutigen Montag von seinem Urlaub, den er in der Schweiz verlebte, wieder in Dresden eingetroffen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Schneider ist im Auftrage der Deutschen Volkspartei zur Teilnahme an der interparlamentarischen Konferenz nach Amerika abgereist.

Die Deutsche Volkspartei hat durch den Abgeordneten Voigt im Landtage eine kurze Anfrage eingebracht, in der sie sich gegen Uebergriffe eines Trupps Roter Frontkämpfer anläßlich eines Schulfestes im Ortsteil Kühberg der Gemeinde Bärenstein wendet.

Der Schüdderump

18

Roman von Wilhelm Raabe

Ich sah ganz genau, wie das Kind bei einigen jener Namen den Kopf zurückwarf oder die Lippen zusammenbiß. Und der Bediente sah es nach jeder neuen Abweisung immer dreister an, und das schöne Kammermädchen schien sogar einmal die Absicht zu haben, eine vorlaute Bemerkung zu machen.

Herr Chevalier, verlassen Sie sich auf mich! Etwas Großes und allzu Kluges haben Sie mir nie zugetraut; aber an dieser Stelle bin ich imstande, den Pferdemarkt zu bereiten, ohne irgendeinem Juden Gelegenheit zu einem: Jubel, Frohlocke! über mich zu geben. Das Kind ist mir immer noch viel zu lieb, um ihm nicht gern einige Wochen meines Daseins zu opfern, und außerdem gefällt mir Wien in der Tat ungemein, und ich begreife schon jetzt ganz wohl, daß man daselbst ganz angenehm leben kann.

Nun wäre ich für heute zu Ende, sowohl mit meinen Kräften als auch mit meinem Papier. Das ist die schwerste Arbeit gewesen, die ich ausgeführt habe, seit Sie den Comedius zuklappten; freilich, ob Sie daraus klug werden, ist ihre Sache. Wäre es irgend möglich gewesen, so würden Sie auch diesen Brief nicht erhalten; aber dafür befände ich mich dann bereits mit der Tonie auf dem Heimwege nach Krodeck.

Schreiben Sie an mich in den Nationalgasthof, Zimmer 38, was Sie wollen; und schreiben Sie und das gnädige Fräulein an die Tonie so vergnügt als möglich, — Sie tun ein gutes Werk damit und werden mich schon verstehen.

Leben Sie wohl und bleiben Sie mein bester Freund!

Hennig von Lauen."

Neunundzwanzigstes Kapitel

Wir haben dieses konfuse Schreiben, wie gesagt, seiner ganzen Länge nach geben müssen und ersehen daraus, daß Hennig, welche nicht gewohnt sind, Briefe zu schreiben, in gewissen Fällen mit sonderbarer Energie ans Werk gehen. Aber wir erfahren noch einiges andre daraus. So z. B. erhalten wir leider vor allen Dingen die Gewißheit, daß der Junker von Lauen nicht der Mann war, um dem dunkeln Fuhrmann in die Zügel zu fallen und die Speichen der schwarzen Räder rückwärts zu drehen. Seine Erziehung hatte ihn nicht fähig gemacht, einer Welt, wie sie ihm jetzt entgegenstand, mit Aussicht auf Erfolg den Kampf anzubieten; und unklare Gefühle haben, selbst in Verbindung mit dem besten Willen, stets sehr wenig gegen die offenkundigen Geheimnisse des Erdenlebens ausgerichtet. Es war vorauszusehen, daß Hennig sich eine Weile abmühen würde, um endlich mit blutenden Fingern nach Hause zu schleichen, und sich zu trösten, wie Millionen vor ihm sich getröstet haben. So geschah es! Und daß er kein übler Gesell war, geht ebenfalls in unumstößlicher Gewißheit aus seinem jetzigen, an den Ritter von Glaubigern gerichteten Notschrei hervor. Und daß er das fremde reiche Leben, welches ihn jetzt umgab, nicht ohne Nutzen für spätere Zeiten durch ein so eigentümliches Medium in seine Erfahrung aufnehmen mußte, war, seinen schriftlichen Ergüssen zufolge, gleichfalls nicht zu bezweifeln. Er war nicht der Mann, welcher bis jetzt viel über die Dinge, welche ihn umringten, nachgedacht hatte. Menschen und Sachen ließ er gelten, wie sie sich gaben, was unter allen Umständen wohl das Behaglichste ist, jedoch nicht gerade für die Stärke und Regsamkeit des eigenen Geistes spricht. Das änderte sich natürlich auch in der Folge wenig; er ließ Menschen und Sachen nach wie vor in der alten Art auf sich wirken: allein er konnte sich unter Umständen doch darüber ärgern, und das war unbedingt ein großer Gewinn, wenn auch nicht für seine Behaglichkeit, so doch für sein ethisches Bewußtsein. Der Pastorenfranz war übrigens durchaus nicht gezwungen, die süße Gewißheit, an seines Vaters Stelle Pfarrherr zu Krodeck zu werden, infolge dieser Wiener Reise seines Patrons, aufzugeben! — —

Der Junker von Lauen siegelte seinen Brief an den Herrn von Glaubigern, wog ihn in der Hand, atmete etwas erleichtert und sprach:

„So! Nun wissen sie, woran sie sind, und können mir ihrerseits mitteilen, wie sie das Elend ansehen, und was ich in ihrem Namen an die Tonie bestellen soll. Uebrigens ist es mir recht lieb, daß ich nicht auf dem Hofe vorhanden bin, wenn dies Skriptum anlangt. Das wird eine schöne Bescherung geben; es ist schon von ferne schlimm genug, sich allein das gnädige Fräulein auszumalen, und an den Ritter mag ich gar nicht denken."

Mit einem nicht sehr zarten Segenswunsch warf er sein Schreiben auf den Tisch und sich nach einer kurzen Weile aufs Bett und erwachte am andern Morgen nach einem gesunden Schlaf, mit dem Gefühl, sich einer erstaunlichen Mühe und Arbeit ohne die geringste Aussicht auf Nutzen und Gewinn unterzogen zu haben.

„Ich verderbe den Alten höchstens den Appetit, wie er mir verdorben worden ist. Das ist alles!" sagte er während des Ankleidens, warf aber nachher den Brief eigenhändig in den nächsten Briefkasten und saß mürrisch und brütend in einem Kaffeehause; bis ihn die Wirbel der großen Stadt von neuem mit sich fortrissen. —

Wir haben im Grunde über die Zeit, welche er nun durchlebte, wenig zu sagen; wußte er doch selbst späterhin wenig davon zu erzählen! Naturen gleich der seinigen geraten nur zu leicht, wenn sie aus der gewohnten Bahn und Umgebung gerissen werden, in einen Tunnel, der sie eben nicht befähigt, auf sich zu achten und für andre zu sorgen. Nur zu leicht verlieren sie jeden Maßstab für die Dinge und sind nachher, wenn sich die hohen Wogen verlaufen, kaum imstande, was jene Periode ungewöhnlicher Aufregung betrifft, die Wirklichkeit von den Gebilden der Phantasie zu unterscheiden. Wohl aber sind sie zu jeder Zeit imstande, das Unglaublichste glaublich zu finden, wie sie sich den allerderbsten Realitäten gegenüber vorzugsweise gern dem drolligsten, aber für sie keineswegs vorteilhaften Skeptizismus zu überlassen pflegen.

Dazu finden sich dann natürlich Leute, welche sich ihrer auf das Wohlwollendste annehmen, im Ueberfluß. Die guten, heiteren, leichtherzigen Freunde und Freundinnen tanzen an allen Ecken und Enden auf und sind stets zur rechten Zeit gegenwärtig, um kleine Unannehmlichkeiten, Mißverständnisse und Verdrießlichkeiten mit wahrhaft rührender Aufopferung des eigenen Wohls und Behagens aus dem Wege zu räumen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dresdner Chronik

Die Eidechse auf dem Altmarkt

mi. Es war an einem der letzten sonnigen Tage, in deren milder Wärme der Sommer verklingt. Auf dem Altmarkt standen einige Leute im Kreise. Schnell wuchs der Andrang, und Neuhinzukommende zwängten sich durch, um zu sehen, was sich ereignet habe.

Da saß mitten auf dem Asphalt eine — Eidechse. Grünschillernd in der hellen Sonne. Die kleine gespaltene Zunge kam immer sehr hastig herausgeschnellt. Den Kopf wendete sie ruckweise. So saß sie im Bannkreis der vielen staubigen Schuhe. Und wir Menschen? Wir sahen das Tierchen ein klein wenig mit Sehnsucht an. Man empfand plötzlich deutlicher, was der Sommer mit wegnahm. Und mancher, der dieses Jahr nicht hinausgekommen ist in die Wälder und Fluren, der fühlt auf einmal, was er alles versäumt hat, und ermißt seinen ganzen Verzicht an dieser kleinen Eidechse.

Aber nun kam die Verkehrspolizei! Schon waren Wagen stehen geblieben und die kleine Eidechse war ein empfindliches Verkehrshindernis geworden. Doch, wie diesen Kreis auflösen? Es war, als wollten alle Umstehenden diesen letzten Sommergast recht lange betrachten. Und woher mag sie gekommen sein? Aus ihren Wäldern hier auf diese Asphaltstraße?

Endlich kam die Stimme eines Schuljungen wie eine Erlösung: „Die gehört mir!" Die Eidechse war aus seinem Terrarium entschlüpft. Dieses Terrarium stand am offenen Fenster im zweiten Stock. Die heruntergelassene Markise eines Schaufensters hatte den Sturz aufgefangen, und so kam die kleine Eidechse unverletzt auf den Altmarkt.

Manche der Leute blieben noch stehen und sahen, wie der Junge das Tierchen oben am Fenster wieder ins Glas tat. Es war wie ein letzter Gruß vom Sommer.

Der Kampf um die Schule

Gegen den Entwurf zum neuen Reichsschulgesetz protestierten am Sonnabend nach einem von ernster Sachlichkeit getragenen Vortrag des Bezirksschulrates Wehner, Leipzig, die sächsischen Mitglieder des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands. Trotzdem es wahrscheinlich sei, meinte der Referent, daß der Entwurf infolge seiner wider Willen erfolgten vorzeitigen Veröffentlichung und seiner allgemeinen Ablehnung zum Beispiel auch durch die sächsische Regierung, überhaupt nicht Wirklichkeit werde, so notwendig wäre es doch, sich mit seinem Inhalt zu beschäftigen. Der Vortragende zergliederte den Entwurf, legte seine Tendenzen frei, und charakterisierte ihn als ein Konkordat, das Lehrer und Kinder in einem Maße der Kirche ausliefere, wie es nur vor dem Schulgesetz von 1873 möglich war. Eine Schande sei es, daß sich nicht ein geistiges Deutschland finde, das einmütig gegen dieses kulturfeindliche, nur von politischem Herrschaftswillen geforderte Gesetzeswerk stelle. Die Zurückziehung des Entwurfes müsse unbedingt geschehen.

Nach kurzer reger Aussprache, in der die Redner vor allem nochmals die politische Bedeutung des Entwurfs betonten und entsprechende von politischen Gesichtspunkten geleitete Agitation für den weltlichen Schulgedanken wünschten, nahm die zahlreich besuchte Versammlung folgende Protestentschließung einstimmig an: „Der Entwurf des Gesetzes hat die Freunde der freien, weltlichen Schule aufs schwerste enttäuscht. Während der moralische, wirtschaftliche und intellektuelle Wiederaufbau Deutschlands eine großzügige Reichsschulgesetzgebung im Sinne von Artikel 146 Abs. 1 gebieterisch fordert, in der das Reich in seinem eigensten und im Interesse all seiner Gliedstaaten diese verpflichtet, ein wohlaufgebautes und aufs beste gegliedertes Schulwesen zu schaffen und zu erhalten, bringt der Entwurf dem deutschen Volksschulwesen Rückschläge schlimmster Art. Unter Nichtachtung auch andrer Verfassungsartikel außer 146, 1 stellt der Entwurf das Interesse und Recht der Kirche und Konfession über das des Staates, fordert er die Entstehung einer kostspieligen, aber wesentlich verschlechterten Schulorganisation, vernichtet er das vorbildlich entwickelte sächsische Volksschulwesen, vergewaltigt er die Erziehung von Tausenden von Kindern in kirchlichen Bekenntnisschulen, bevorzugt er Eltern aus kirchlichen Kreisen in bezug auf ihre Rechte, verewigt er die Schulkämpfe innerhalb der Elternschaft in den Gemeinden, sichert er in einseitiger Weise nur die Bildung für Lehrer an Bekenntnisschulen, vernichtet er die Rechtssicherheit der Lehrer und beeinträchtigt damit ihre erfolgreiche Tätigkeit als freie, charaktervolle Erzieherpersönlichkeiten. Wir fordern mit aller Entschiedenheit eine Zurückziehung dieses Entwurfs durch die Reichsregierung und erklären erneut die allgemeine, freie, weltliche Staatsschule als die einzig richtige, gemeinsame Volksschule für alle Kinder unsres deutschen Volkes."

Familie und Wohnung

Auf einer Sonderveranstaltung der Dresdner Volkshochschule sprach am Sonnabend Universitätsprofessor Dr. Wolff, Halle, über Familie und Wohnung. Die Ausführungen dieses bekannten Nationalökonomen, der sich schon seit vielen Jahren mit der Wohnungsfrage beschäftigt, waren auf den Grundton eingestellt, daß der Wohnungsneubau, so wie er nach dem Kriege ausgeführt wird, zum weitaus größten Teile als falsch bezeichnet werden muß, weil die neuzeitliche Wohnungsbaupolitik die Familie als Wohnungsinhaber wenig oder gar nicht beachtet und demgemäß nur einen Wohnungstyp, die Kleinwohnung, erstellt, während drei Wohnungstypen, die kleine, mittlere und größere Wohnung, berücksichtigt werden müßten. Die Familie würde heute wohnungspolitisch nicht nach ihrer Größe, sondern nach ihrer Zahlungsfähigkeit bewertet, und so komme es, daß in den letzten Jahren Tausende von Kleinwohnungen gebaut worden sind, die nicht den Minimalforderungen (Schlafzimmer, Küche und Kinderzimmer) entsprechen. Die Wohnfrage sei, wenigstens für die arbeitenden Klassen, bloß eine Lohnfrage, das wichtigste, das kulturelle Wohl, werde fast gänzlich ausgeschaltet.

Was das bedeutet, lehre die Tatsache, daß das „Wohnen" bis zu drei Fünftel des Lohnes ausfüllt. Die Güte der Wohnung und ihre Brauchbarkeit entscheide aber nicht nur über das Wohl einer Familie, sondern über das Wohl des ganzen Volkes. Deshalb sei die Einstellung der Wohn- und Siedlungspolitik auf die Familie und besonders die kinderreiche Familie die Frage, die von der Baupolitik in erster Linie beachtet werden sollte.

Dr. Wolff wies darauf hin, daß bisher die Wohnungsgröße von der Einkommensgröße und der sozialen Stellung des Mieters abhängig war. Davon sei jedoch durch die wirtschaftlichen Umwälzungen vieles verloren gegangen. Heute kommt nach seinen Darlegungen für die Wohnungsgröße fast nur noch das Einkommen in Betracht. Und nun erbrachte Dr. Wolff den statistischen Nachweis, daß in Dresden vor dem Kriege im Durchschnitt jährlich 1300 Wohnungen neugebaut wurden, wovon 28 Prozent Kleinwohnungen waren. Nach dem Kriege ist aber der Prozentsatz an Kleinwohnungen auf 69 bis 70 Prozent, also auf mehr als das Doppelte gestiegen. Auch Halle weist eine starke Steigerung des Kleinwohnungsbaues auf. Wenn auch heute die soziale Schichtung der Bevölkerung eine andre als früher ist, sei es doch sehr bedenklich, Kleinwohnungen in so erheblichem Maße stärker als zuvor zu errichten.

Wenn dann weiter der Vortragende es nicht gut heißen konnte, daß die gegenwärtigen Ortszuschläge in allen sozialen Schichten gleich sind, infolgedessen die mittleren und höheren Beamten sich in ihrer Familienhaltung und Fortpflanzung stark beeinträchtigt fühlen müßten, so ist das ein Standpunkt, der wohl sehr anfechtbar ist. Zweifellos hat er aber mit dem Hinweis Recht, daß die kinderreichen Familien von jeher zum häufigsten Wohnungswechsel verurteilt waren, und daß heute die Kleinwohnungen in der Hauptsache von kinderlosen, jungverheirateten Ehepaaren belegt werden, die Familie als solche bei der Vergebung dieser Wohnungen oft gut wie gar keine Rolle spielt. Erst neuerdings wären einzelne Baugenossenschaften dazu übergegangen, für große Familien auch einen größeren Wohnungstyp zur Verfügung zu stellen. Auch einzelne öffentliche Körperschaften fingen an, darauf Rücksicht zu nehmen. So habe das preußische Wohlfahrtsministerium von der Hauszinssteuer 20 Millionen für Erstellung von Wohnungen für kinderreiche Familien abgezweigt, was natürlich nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeute. Es sei durchaus angängig, daß die Organisationen, die bisher Kleinwohnungen gebaut haben, auch Drei- und Vierzimmer-Wohnungen und noch größere bauen und sich dabei durchaus in den Grenzen halten, die ihnen in sozialpolitischer Beziehung gezogen sind, wobei auch noch mit in Betracht komme, daß die Miete bei größeren Wohnungen relativ stark sinkt.

Der Redner forderte am Schlusse seiner Ausführungen, daß für die Gewährung öffentlicher Zuschüsse für den Wohnungsbau nur die Größe der Familie maßgebend sein darf, daß also Zuschüsse auch für größere Wohnungen bewilligt werden, die von kinderreichen Familien bezogen werden. Jeder neugeborene Mensch sei ein Stück Anlagekapital des deutschen Volkes. Von einer ausreichenden Mietwohnung bis zum ausreichenden Eigenheim sei aber ein weiter Weg. Den meisten Menschen sei, wie heute nun einmal die Dinge liegen, mit einer neuzeitlich ausgestalteten und gesicherten Mietwohnung mehr gedient als mit einem Eigenheim. Für Untermieter sollten besondere Heime geschaffen werden, wo sie auch besser aufgehoben sind als bei einer fremden Familie. Die Verteilung der Hauszinssteuer an Baulustige, die keine Familie haben, sollte direkt verhindert werden. Die Neubautätigkeit aus öffentlichen Mitteln sollte auch mehr die kinderreichen Familien begünstigen. Die Junggesellen sollten grundsätzlich ausgeschlossen sein. Der Mietwohnungsbau muß nach dem jeweiligen Wohnungsbedarf — nach Familiengröße erfolgen. Niemand könne dabei von Wohnungsluxus sprechen.

Flugzeug-Rennen

Der Sachsenrundflug, dem außerordentlich gutes Wetter beschieden war, hat am Sonnabend und Sonntag sehr viele Besucher nach dem Flugplatz in Kaditz gelockt. Es handelte sich bei der Veranstaltung um ein „Flugzeugrennen", um eine Geschwindigkeitsprüfung, wie sie bisher noch nicht vorgenommen worden ist. Die Rennstrecke umfaßte 515 Kilometer und führte von Chemnitz über Plauen nach Leipzig und von da über Großenhain, Zittau, Dresden nach Chemnitz zurück. Diese Strecke sollte von den schweren Maschinen dreimal, von den mittleren zweimal und von den leichteren einmal durchflogen werden, wobei die erreichte Geschwindigkeit ausschlaggebend für die Bewertung war. Geldpreise sind im ganzen in Höhe von 65 000 M. zur Verfügung gestellt worden. Nicht weniger als 33 Bewerber meldeten sich. Am Start erschienen aber nur 19 Teilnehmer. Viele von den Bewerbern sind auf dem Anflug zum Startplatz durch Unglücksfall ausgeschieden. Und von den am Rennen teilnehmenden Flugzeugen schieden wiederum schon auf der ersten Etappe einige aus. In Plauen wollten, veranlaßt durch fast gleichzeitiges Aufsteigen, zu gleicher Zeit 12 Flugzeuge landen. Dabei kam es zwischen zweien zu einem Zusammenstoß, wobei die Maschinen stark beschädigt wurden und ausscheiden mußten.

Am Sonnabend wurde das Publikum auf dem Flugplatz in Kaditz, der wohl zum letzten Male zu Flugveranstaltungen benutzt worden ist, da er durch den neuen Platz auf dem Heller ersetzt werden soll, enttäuscht. Um 4 Uhr sollten die ersten Flugzeuge eintreffen, aber erst nach 6 Uhr kamen einzelne an. Das wurde nicht weiter vermerkt, aber auch die Kunstflüge und Fallschirmabsprünge mußten unterbleiben, da der Kunstflieger in Koburg mit seiner Maschine bei einer Landung Unglück hatte. Infolgedessen konnte auch der anwesende Hinderlich, Berlin, der Fallschirmstürze vornehmen sollte, seine Künste nicht zeigen, da ihm nun das dafür bestimmte Flugzeug fehlte und ihm ein andres nicht zur Verfügung gestellt wurde. So wurden dem Publikum lediglich Konzert und Auf- und Abstiege von Passagierflugzeugen geboten. Am Sonntag wurden die Zuschauer einigermaßen dafür entschädigt. Wenn auch wiederum Sturzflüge nicht ausgeführt werden konnten, so sprang Hinderlich doch zweimal mit dem Fallschirm aus einer Höhe von 350 bis 400 Meter herab. Schon nach wenigen Sekunden öffnete sich beide Male der Fallschirm, langsam pendelte Hinderlich herab und landete glatt. Er hat den 68. und 69. Absturz vollbracht. Ein Höhenschätzungswettbewerb, ein Ballonwettfliegen und die Auslosung von 20 Freiflügen, unter den Programmbesitzern, dienten gut zur Unterhaltung.

Kaufmannsgericht

Hoflieferant Mühlberg

Wegen Ausstellung eines ordnungsgemäßen Zeugnisses klagt ein kaufmännischer Angestellter gegen die Firma Hermann Mühlberg. Die Sache ist für Herrn Konsul so wichtig, daß er persönlich vor Gericht erscheint. Dem Kläger sind, wie es jedem Menschen einmal passieren kann, während seiner Tätigkeit im Bureau der Firma einige Fehler unterlaufen. Deshalb hat man ihm ein Zeugnis ausgestellt, das den Kläger an seinem Fortkommen hindern muß. Herr Mühlberg ist in solchen Sachen sehr konsequent und sorgfältig und kann es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, ein gutes Zeugnis auszustellen, wo ein solches, nach seiner Meinung nicht am Platze ist. Die Verhandlung hat aber ergeben, daß die Gewissenhaftigkeit des Herrn Mühlberg zwei Seiten hat. Nämlich, bei der schwarzweißroten Firma Mühlberg werden die Angestellten in zwei Klassen eingeteilt: in solche, die ehemalige Offiziere, und in solche, die nur ganz gewöhnliche Angestellte sind. Bei der ersten werden beide Augen zugedrückt und Glacehandschuhe angezogen, bei der andern wird die scharfe Grenze zwischen Angestellten und Vorgesetzten sorgfältig gewahrt. So konnte es auch vorkommen, daß sich ein ehemaliger Oberstleutnant einen Fehler leisten konnte, der jedem andern die Stelle gekostet hätte, der aber den andern Angestellten in die Schuhe geschoben wurde, und so konnte es auch passieren, daß einem ehemaligen Major, dessen Unfähigkeit zum Kanonenchef Herr Mühlberg selbst zugeben mußte, ein glänzendes Zeugnis und die besten Empfehlungen mit auf den ferneren Lebensweg mitgegeben worden sind. Einem gewöhnlichen Angestellten gegenüber ist man aber nicht so nachsichtig. Das Gericht sollte nun entscheiden, was für ein Zeugnis so ein Kerl verdient. Herr Mühlberg ist so erbost über den Kläger, daß er sich nur einem Gerichtsurteil beugen will und kämpft wie ein Löwe um jedes Wort. Das Gericht bringt ihn aber schließlich doch so weit, daß er ein ordnungsgemäßes Zeugnis ausstellt.

Gewerbegericht

Almosen

Nach 18jähriger Tätigkeit ist der Arbeiter H. von seiner Firma entlassen worden, und es ist ihm bis heute nicht gelungen, eine andre Arbeit zu finden. Wer nimmt auch einen alten Mann! Die Entlassung bildet eine große Härte, schon deshalb, weil ein andrer Arbeiter an seine Stelle gekommen ist. Nach dem BRG. steht ihm deshalb eine Entschädigung zu. Das Verfahren ist aber nicht ganz formgerecht nach dem Gesetz behandelt worden, und daran klammert sich nun die beklagte Firma. Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist das Recht auf ihrer Seite und der abgearbeitete alte Mann ist auf ihre Gnade angewiesen. Die Firma, die es sonst nicht so genau mit den formalen Bestimmungen des BRG. nimmt, wenn dabei ein Vorteil für sie herausspringt, nimmt es diesmal aber peinlich genau, denn sie kann damit einen alten, bewährten Arbeiter, der ihr nicht mehr genug einbringt, billig loswerden. Mit großen und langen Worten sucht sie nachzuweisen, daß die Entlassung unumgänglich war, bedauert von ganzem Herzen die große Härte, kann sich aber nicht dazu verstehen, dem Kläger eine Entschädigungssumme anzubieten, trotzdem es ihr der Richter mit eingehenden Worten nahelegt. Sie muß sich das erst noch einmal überlegen.

Der Fall beweist besonders den Betriebsräten, daß es unumgänglich notwendig ist, auch die formalen Vorschriften des BRG. genau einzuhalten, wenn die Arbeiter nicht das Nachsehen haben wollen.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns mitgeteilt: Nach den jüngsten Abänderungen des Reichsversorgungsgesetzes wird den Personen, die Elternrenten auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes beziehen, stets die volle Zusatzrente gewährt. Zwar gelten die Vereinbarungen über die zahlenmäßige Höhe der Zusatzrente erst mit Wirkung vom 1. September 1925 an, aber die Vorschrift, nach der Empfänger einer Elternrente stets die volle Zusatzrente erhalten, ist schon mit Wirkung vom 1. September 1925 in Kraft getreten. Auf Antrag müssen die Fürsorgestellen allen Elternrentnern die vollen Zusatzrentensätze mit Wirkung vom 1. April 1925 nachzahlen, wenn bisher nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen nur die halben Sätze der Zusatzrente gezahlt werden. Dieser Antrag kann durch die nächstgelegene Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten an die zuständigen amtlichen Fürsorgestellen gerichtet werden.

Ueber den Beruf der Stenotypistin sprach auf Einladung des Elternausschusses der Stenotypistinnenklassen Herr Oberlehrer Röthig vor den Eltern. Dieser Beruf ist als Teilberuf des kaufmännischen entstanden und wurde zunächst ganz nebensächlich behandelt. Er hat sich aber zu einem selbständigen Beruf entwickelt. Urteile von Fachkreisen, auch der städtischen Hauptstelle für Berufsberatung, sowie eigene Erfahrungen des Vortragenden, gewonnen durch jahrzehntelange Fühlung mit kaufmännischen und stenographischen Kreisen, und die täglich in dem Anzeigenteile der Zeitungen stehenden Stellenangebote für Stenotypistinnen beweisen, daß eine gediegene, gerade auf diesen Beruf zugeschnittene schulische Vorbildung unbedingt erforderlich ist. Dem hat sich die Schulbehörde nicht verschlossen; sie läßt an der 8. Mädchen-Berufsschule, Sedanstraße 19, schulgeldfrei eine Klasse für Mädchen des ganzen Stadtgebietes Dresden laufen, die sich dem Stenotypistinnenberufe zuwenden wollen. Da es unmöglich ist, junge Mädchen in einem Jahr für den sehr umfassenden kaufmännischen Beruf in allen seinen Teilen auch nur genügend vorzubereiten, legt die Klasse den größten Wert bei ihrer Arbeit auf gründliche Aneignung der Kenntnisse und Fertigkeiten, die der Kaufmann zunächst vom Mädchen verlangt. Der Nachdruck liegt auf Stenographie, Maschinenschreiben, Deutsch (besonders Handelskorrespondenz). Daneben führt sie ein in die Grundlagen der übrigen Handelsfächer und Kontorarbeiten und hat auch Haushaltungskunde und Nadelarbeiten auf ihrem Plan. Die vom Vortragenden eingeholten Urteile der Kaufleute, die Mädchen aus dieser Klasse beschäftigen, lassen den Schluß zu, daß Einrichtung und Methode der Klasse zweckentsprechend sind. Der Unterricht in Maschinenschreiben ist pflichtfach mit mehreren Wochenstunden; in ihm werden die Mädchen zu Blindschreiberinnen nach dem Zehn-Finger-Griff-System ausgebildet. Vor Beginn der Schularbeit haben sich die Mädchen vor Berufspsychologen und Lehrern einer Eignungsprüfung zu unterziehen. In diesem Jahre wird diese Prüfung für Mädchen, die 1926 die Volksschule verlassen, schon Anfang Oktober stattfinden. Auch die Eltern der Mädchen, die jetzt die Klasse besuchen, erklärten sich mit Arbeit und Geist der Klasse ganz einverstanden.

Die Zschopaubrücke bei Kriebstein. Wegen des Wiederaufbaues der berühmten überdeckten Holzbrücke über die Zschopau bei Kriebstein hatte der Landesverein Sächsischer Heimatschutz eine Anzahl hervorragender Ingenieure und Künstler zu einer Sitzung gebeten, in der Professor Seuffert das oberverwaltungsgerichtliche Urteil, wonach eine Wiederverwendung des bisherigen Mittelpfeilers und der Widerlager nicht stattfinden darf, zur Kenntnis gab. Der Landesverein muß sich mit dem Urteile der höchsten Instanz abfinden und nunmehr versuchen, mit einem neuen Mittelpfeiler oder mit zwei kleineren Seitenpfeilern eine Lösung der Gestaltung der Brücke zu finden, die dem berühmten Landschaftsbilde dient. Die Beratungen haben erneut ergeben, daß die Brücke eine Notwendigkeit ist, da sie eine unersetzbare Verbindung darstellt. Nachdem nunmehr bald zwei Jahre verflossen sind, seitdem der unglückselige Abbruch verfügt wurde, hofft der Landesverein Sächsischer Heimatschutz mit allen, die das herrliche Landschaftsbild dort unten an der Zschopau kennen, daß weitere Verzögerungen vermieden werden und daß die Behörden, besonders die Wasserbaudirektion, ungesäumt darüber entscheiden, welche Bedingungen hinsichtlich der zu wählenden Pfeiler an den Wiederaufbau gestellt werden.

Berufspädagogische Woche für Wohnung und Siedlung. Auf der vom Ministerium für Volksbildung, in Gemeinschaft mit dem Sächsischen Berufsschulverein, vom 20. bis 25. September stattfindenden Tagung werden u. a. sprechen: Bürgermeister Dr. Külz: Wohnungswesen und Mietzinssteuer. Prof. Dr. Kastner: Bodenreform als Weltanschauung. Stadtbaurat Fleck: Die Entwässerungsanlagen in Siedlungen. Dr. Damaschke, Berlin: Geschichtliches und Grundsätzliches zur deutschen Heimstättenbewegung. Dr. Rusch, Dresden: Bodenwirtschaft, Bodenrecht. Oberregierungsrat Hoppe: Die Siedlungspolitik der Zukunft. Max Wagner, Dresden: Die Erörterung von Boden- und Wohnungsfragen als Wirtschafts- und Kulturprobleme, eine Aufgabe des Berufsschullehrers. Dipl.-Ing. Graf: Großhaus oder Kleinhaus. Else Sander und Studienrat Mehnert: Stand und Probleme der akademischen Berufsschullehrerbildung. Walther Krötzsch, Leipzig: Bauen und Siedlen im kindlichen Werden, eine psychologische Studie.

Esperantokurse. Für die Kurse in Naußlitz, Jugendheim, Pretzschstraße 9, Kursustag Mittwoch; in Cotta, Restaurant Stadt Dresden, Ockerwitzer Straße, Kursustag Mittwoch; in Plauen, Volksschule, Schleiermacherstraße, Kursustag Donnerstag; in Löbtau: Kursusbeginn den 29. September Jugendheim, Poststraße 15, können sich noch Teilnehmer melden. Beginn der Kurse 7 Uhr. Kursusbeitrag 5 M. einschl. Lehrbuch. Lehrlinge und Arbeitslose halbe Ermäßigung. Das Erlernen der Welthilfssprache bereichert das Sprachwissen. Wer Esperanto kann, ist im Besitz eines universalen Verständigungsmittels. Auskunft erteilt Genosse Paul Röder, Tharandter Straße 6 und Genosse Ernst Scheibe, Cotta, Leutewitzer Straße 13.

Baut Bäder! In Deutschland ertrinken jährlich 6000 bis 8000 Personen; ein Drittel von ihnen sind Kinder unter 15 Jahren. Mit diesen Zahlen steht Deutschland an der Spitze der europäischen Binnenländer. Es ist selbstverständlich, daß dieser traurige Rekord nicht länger gehalten werden darf. Die zwangmäßige Einführung des Schwimmens als Unterrichtsfach in den Schulen ist unerläßlich. Wird diese Forderung erfüllt, und sie muß es in vielen Städten schon, so wird sich der Mangel an genügenden Schwimmübungsstätten empfindlich bemerkbar machen. Deshalb die Parole: „Baut Bäder!" Es brauchen durchaus keine Prunkpaläste zu sein, es genügen einfachere Mittel. Die Errichtung von Sommerbädern, die immer mehr aufkommen, bietet wenigstens für die warme Jahreszeit willkommenen Ersatz.

Bettelnde Kinder. Aus Schulkreisen sind die Jugendämter auf die große Zahl bettelnder Kinder hingewiesen worden. Aus erzieherischen und wirtschaftlichen Gründen muß durch Zusammenarbeit von Schule und Fürsorge der Bettelei der Kinder entgegengewirkt werden. Jedem Falle ist nachzugehen, um nur dadurch festgestellt werden kann, ob tatsächlich Not vorliegt, die Kinder zur Erlangung von „Taschengeld" aus eigenem Antriebe betteln, oder ob sie von den Eltern dazu angehalten werden. Wenn eine Notlage besteht, muß unverzüglich helfend eingegriffen und durch entsprechende Verständigung der Eltern bewirkt werden, daß das weitere Betteln der Kinder unterbleibt. Da das Betteln von Schulkindern oft zuerst in der Schule bekannt wird, nehmen die Lehrer Gelegenheit nehmen, sich von Fall zu Fall mit dem Jugendamt in Verbindung zu setzen. Dem Uebel der Kinderbettelei kann am besten gesteuert werden, wenn die zuständigen Hilfsstellen den Sachverhalt ungesäumt aufklären und im Bedarfsfalle wirtschaftliche oder erzieherische Fürsorge sofort gewähren.

Die neuen Umspann- und Schaltstellen. Das städtische Straßenbahnamt schreibt uns: Die Arbeiten an den auf dem Bismarckplatze, dem Fürstenplatze sowie in städtischen Grundstücken am Pohlandplatze und in der Neustadt zu bauenden Umspann-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schaltstellen sind wieder aufgenommen worden. Leider wird es nicht möglich sein, vor dem Winter mit seinem steigenden Strombedarf diese Schaltstellen in Benutzung zu nehmen. Auf dem Pohlandplatze wird ein Provisorium errichtet, das im Frühjahr wieder entfernt werden soll; die gleiche Maßnahme ist für die Südstadt getroffen. In diesen Tagen beginnt man am Sachsenplatze mit den Ausschachtungen für eine weitere Umspannstelle, die den an der anderen Ecke stehenden Holzbau ersetzen soll. Von dem neuen Gebäude wird oberirdisch nur ein kleines Transformatorenhaus in Erscheinung treten. Im übrigen bleibt die Grünfläche erhalten.

Gegen den Wasserzusatz in Brühwürstchen. Nach einem soeben ergangenen Erlasse des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt sind Zweifel darüber entstanden, wie die durch einen früheren Erlaß vorgeschriebene Ermittlung des höchstzulässigen Wasserzusatzes bei den verkaufswertigen Fleischbrüh- und Fleischkochwürsten getroffen werden solle. Die Ermittlung bezieht sich nur auf Fleischbrühwürste nach Art der Wiener, Bock-, Frankfurter Würstchen und dergleichen, sowie auf Fleischkochwürste nach Art der Schinken-, Leber-, Mortadellawürste und dergleichen. Auch die Fleischbrühwürste in Dosen sind in die Untersuchung mit einzubeziehen. Die Untersuchung wird nach der Vorlage von Proben durch einen aus den beteiligten Kreisen zusammengesetzten Ausschuß vom öffentlichen Nahrungsmittelunterfuchungsamt vorgenommen. Wird bei den Fleischbrühwürsten das Verhältnis von Wasser zum organischen Fettgehalt bis zu 4 gefunden, so ist nichts zu veranlassen, ergibt sich aus dieser Berechnung ein Wassergehalt, der um mehr als 2 v. H. darüber hinausgeht, so ist die Wurst, als mit übermäßigen Mengen Wassers hergestellt, bei Wiederholungen zu beanstanden.

Straßenbahnunfälle. Am Sonntagnachmittag gegen 2½ Uhr lief ein stadtwärts fahrender Straßenbahnwagen der Linie 11, bei dem anscheinend die Bremse versagte, mit voller Wucht auf einen am Lindeschen Bade haltenden Wagen der gleichen Linie auf. Durch den Puffer wurde der Hauptstoß aufgefangen, immerhin gingen bei jedem Wagen mehrere Scheiben in Trümmer. Die Fahrgäste kamen mit geringen Prellungen und Quetschungen davon. — In der achten Stunde erlitt auf der gleichen Linie in der Nähe der Haltestelle ein Triebwagen einen Achsenbruch und Radkranzbruch. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Erst in der dritten Stunde gelang es, den Wagen abzuschleppen und die Störung vollständig zu beseitigen.

Warnung vor einem Betrüger. Ein etwa 25 Jahre alter Bekannter bestellt bei Gewerbetreibenden größere Warenposten und erbietet sich, eine Anzahlung von 200 bis 300 Mark zu leisten. Er gibt dann eine alte ungültige Reichsbanknote über 500 Mark in Zahlung und verschwindet, wenn der Betrug glückt, mit dem herausgenommenen Gelde. Der Betrüger ist bereits vor Monatsfrist hier aufgetreten und war bisher nicht zu erlangen. Es wird gebeten, seine Festnahme zu veranlassen.

31. Volksschule. Elternratswahl. Es wurden insgesamt [illegible] Stimmen abgegeben, davon entfielen auf die christliche Liste 353, auf die weltliche 215 Stimmen. Das ergibt 9 christliche und 6 weltliche Sitze wie im Vorjahr.

Elternräte des 5. Bezirks. 35., 36., 37., 38., 39., 54., 55., 72., [illegible] und 74. Volksschule. Donnerstag den 24. September Versammlung im Jugendheim, Poststraße 15, Hinterhaus. Tagesordnung: Jugendweihe 1925/26. Die Eltern der Kinder, die 1926 an der Jugendweihe teilnehmen, sind laut Beschluß der letzten Versammlung geladen.

Dresdner Umgebung

Leuben-Niedersedlitz. Die Beerdigung der drei durch Gas vergifteten Monteure. Unter außergewöhnlicher Beteiligung wurden die drei bei der Montage in der Fremde einer Gasvergiftung erlegenen Tischler von der Firma Höntzsch auf dem Friedhofe in Liebenau bei Lauenstein beerdigt. Unter den vielen Anwesenden, insgesamt etwa 1500 Menschen, befand sich die gesamte Belegschaft des Werkes und verschiedene Vereine. Die drei durch tragische Art ums Leben gekommenen fanden ein gemeinsames Grab. Nach der Trauerrede boten die Männergesangvereine Eintracht und Harmonie dem Scheidenden für die toten Freunde und Kollegen ernste Abschiedsworte.

Kleinzschachwitz. Ergebnis der Elternratswahl am 15. September an der 65. Volksschule. Wahlberechtigt 328. Davon haben gewählt 198, das sind 61 Prozent. Die Liste Leo (christlich) erhielt 126 Stimmen gleich 6 Sitze gegen 5 vorher. Die Liste Richter (weltlich) erhielt 71 Stimmen gleich 3 Sitze gegen 4 vorher.

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Pirnaerplatz 10, Hth. II. — Fernsprecher: Nr. 18367 und Nr. 18470

Geschäftsführender Vorstand

Mittwoch den 23. September, abends 7 Uhr (nicht 5 Uhr), im Volkshaus, Ritzenbergstraße, Zimmer 2, Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Dresden. Fachausschuß und Jugendschutzkommission. Neustadt: Mittwoch Wanderung. Treffen 3 Uhr, Bischofsplatz. Bei ungünstiger Witterung Spielen im Jugendheim. — Altstadt: Mittwoch bei günstiger Witterung Wanderung. Stellen 2½ Uhr, Schützenplatz. — Johannstadt: Mittwoch bei günstiger Witterung Spieltag. Stellen 2½ Uhr, Dürerplatz. — Striesen: Dienstag Spieltag. Stellen 2 Uhr, Pohlandplatz. — Löbtau: Dienstag bei günstiger Witterung Spaziergang. Stellen 2 Uhr, Wallwitzplatz.

Arbeitsgemeinschaft soz. Lehrer, Groß-Dresden und Freital. Mittwoch, abends 8 Uhr, zwangloses Beisammensein mit auswärtigen Genossen im Restaurant im Volkshaus, Schützenplatz.

Einheitsverband sozialistischer Handels- und Gewerbetreibender freier Berufe. Dienstag den 22. September, abends 8 Uhr, Kreinsjimmer der Deutschen Reichskrone, Dresden-N., Monatsversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste willkommen.

Gruppe Altstadt-Süd 6. Die Jugendgruppe veranstaltet am Dienstag den 22. September, abends 7 Uhr, im Singesaal der Versuchsschule einen Lichtbildervortrag über: Lebensgefahr im eigenen Haushalt. Parteigenossen und -genossinnen, erscheint recht zahlreich.

Gruppenverband Striesen. Unter Hinweis auf die Notiz des Vorsitzenden am letzten Sonnabend in der Volkszeitung muß die Sitzung, die Dienstag angesetzt war und die Bericht über den Reichsparteitag erhalten sollte, abgesetzt werden.

Gruppenverband Neustadt-West. Die Berichterstattung vom Dienstag muß wegen der Kreisversammlung um acht Tage verschoben werden. Freitag in Gruppe Pieschen Delegiertenwahlen.

Frauengruppe Tolkewitz. Dienstag den 22. September, abends 8 Uhr, Versammlung im Gruppenlokal, Anker, Tolkewitz. Zahlreicher Besuch der Parteigenossinnen wird erwartet. Parteigenossen sind willkommen.

Frauengruppe Trachenberge. Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Gemeinschaftshaus gemütlicher Frauenabend mit Vortrag. Zahlreiches Erscheinen dringend erwartet.

Frauengruppe Pieschen. Mittwoch den 23. September in [illegible] Restaurant, Ecke Mohn- und Markusstraße, spricht Genossin Schönberg: Aus dem Leben eines Seemannes. Alle Genossinnen, Freunde und viel Gäste werden herzlichst eingeladen. Es wird gebeten, die Gruppenabende besser zu besuchen. Die Fahrkarten für Hamburg werden auch hier ausgegeben.

Jungsozialisten Löbtau. Dienstag, 7½ Uhr, Diskussionsabend. Thema: Massenpsychologie.

Sozialistische Kinderfreunde

Groß-Dresden. Morgen Dienstag, abends 6 Uhr, im Dresdner Hof Gesamtvorstandssitzung. Pünktlich erscheinen.

Altstadt-Süd. Dienstag den 22. September, nachmittags 4 Uhr, Treffen Lindenauplatz. Wir gehen ins Jugendheim. Das Fahrgeld für Augustusburg ist auf schnellstem Wege an Genossen Große, Strehlener Straße 22, 2., abzuführen. Nachzügler können nicht mehr berücksichtigt werden.

Neustadt. Dienstag Spielen im Freien. Treffen 4½ Uhr am Bischofsplatz an der Uhr. Donnerstag müssen alle, die mit nach Augustusburg fahren, im Jugendheim sein. Wir lernen noch einige Lieder.

Pieschen. Treffen Dienstag und Donnerstag, nachm. 2½ Uhr, Leisniger Platz, zum Wandern und Spielen.

Ein Gesundheitskongreß

Von Stadtarzt Dr. Alfred Korach, Berlin

Vor kurzem versammelten sich zahlreiche Kommunalpolitiker, Aerzte, Sozialhygieniker, Lehrer und Baumeister in Bonn, um dort an den Tagungen des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege und des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege teilzunehmen. Die Verhandlungen boten nicht nur ein hygienisches, sondern auch ein starkes volkswirtschaftliches und darüber hinaus politisches Interesse.

Professor Sellheim aus Halle sprach über Aenderungen in der Konstitution des Volkes im letzten Jahrzehnt. Er sang ein langes Klagelied über die Schäden des Krieges und der Nachkriegszeit, erwähnte die körperliche und geistige Ueberanstrengung, die Unterernährung und die durch den Krieg bedingte Unordnung im Geschlechtsleben. Vor allem machte er geltend, daß der verletzlichere Körper der Frau unter den Kriegs- und Nachkriegsschäden noch mehr gelitten hätte, als der des Mannes. Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett bedeuteten für jede Frau eine schwere Gefährdung, zumal da die Frauen „besonders auf dem Lande wie Knechte arbeiten müssen". Sehr schlimm waren nach der Meinung Prof. Sellheims die Rückwirkungen auf das lebenswichtigste Organ, das Herz, das man in vielen Fällen infolge der Kriegsschäden mit Recht als Hungerherz und Kummerherz zu bezeichnen hätte. Das Kind der Kriegszeit läßt mancherlei Schäden an seiner Beschaffenheit erkennen.

Flaggenlieder ohne Worte

Nach den Herbstmanövern in Mecklenburg bildeten die „Vaterländischen Verbände" mit ihren Fahnen Spalier bei der Durchfahrt des Reichspräsidenten Hindenburg, auf dessen Auto die schwarzrotgoldene Präsidentenflagge wehte.

Der flaggt noch schwarzrotgold?!

Die erst im Kriege geborenen Kinder, die unter größten Anstrengungen und Entbehrungen der Mütter zur Welt kamen, wurden des Vorteils einer nachträglichen Besserung der Lebensverhältnisse in höherem Grade teilhaftig als diejenigen Kinder, die während des Krieges schon mehrere Lebensjahre zählten.

Nach solchen nur allzu wahren Ausführungen vermißte man die entsprechende Schlußfolgerung. Aber die Worte „Nie wieder Krieg!" vernahm man nicht; statt dessen empfahl Professor Sellheim zum Zwecke einer „weitsichtigen Frauenpflege" eine auf den Organismus der Frau besonders abgestimmte „Körperseelenkultur", womit er rhythmische Gymnastik meinte. Nun ja, die rhythmische Gymnastik hat gewiß ihre Vorteile; sie stellt aber wirklich kein vollkommenes Mittel dar, um die Frauenwelt vor Kriegs- und Nachkriegsschäden zu schützen und zu bewahren!

Dr. Schnell referierte über „Körperliche Erziehung — die tägliche Turnstunde". Die Muskelübung hat ihre größte Bedeutung in der Vermittlung von Uebung, Kräftigung und Wachstum der lebenswichtigen inneren Organe; daneben ist sie Selbstzweck als Schulung von Kraft, Gewandtheit, Ausdauer und Körperhaltung. Für die Schule ergibt sich die Forderung einer täglichen Turnstunde. Das „Zehnminutenturnen" ist als Ersatz ungenügend. Der aufgabenfreie Spielnachmittag ist von großer Bedeutung, kann jedoch nur die Turnstunde des gleichen Tages ersetzen. Die Einrichtung von 6 Wochenturnstunden mit beliebiger Zusammendrängung mehrerer Stunden auf einen Tag ist keine brauchbare Lösung der Frage der täglichen Turnstunde. Die Bereitstellung von Uebungsstätten für Turnen, Spiel und Sport ist gleichzeitig mit der Einführung der täglichen Turnstunde in schrittweisem Ausbau durchzuführen. Zuerst gilt es, Freiplätze zu errichten, dann Hallen zu erbauen. Der gegenwärtige Bestand an Uebungsplätzen macht zwar den organisatorischen Beginn, nicht aber die volle Durchführung eines zweckmäßigen körperlichen Erziehungsprogramms möglich.

Professor Kruse, Leipzig, hielt einen Vortrag über „Rassenhygiene und Volkshygiene". Er verlangte die Einrichtung von behördlichen Eheberatungsstellen und die Förderung des Austausches von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung.

Oberbaurat Arntz, Köln, und Beigeordneter Spölgen, Bonn, sprachen über „Technik und Hygiene im heutigen Städtebau", und entwickelten ein umfassendes Wohnungsbauprogramm. Sie wiesen besonders darauf hin, daß man sich bezüglich der Raumgröße der einzelnen Zimmer beim Wohnungsbau beschränken müsse, um in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Schwierigkeiten der Geldbeschaffung möglichst vielen Familien zu einer eigenen Wohnstätte in absehbarer Zeit verhelfen zu können.

Gewerbeschuldirektor Gantenberg, Duisburg, Stadtrat Dr. med. Gottkant, Berlin-Schöneberg, und die Schulärztin Frau Dr. Szagunn, Charlottenburg, legten Leitsätze vor über die Organisation der „Gesundheitsfürsorge für die schulentlassene Jugend". Sie wünschten eigene Berufsschulgebäude mit einer Einrichtung, die den Forderungen moderner Gesundheitspflege und den Ansprüchen des Entwicklungsalters in jeder Weise entspricht. Für die Ueberwachung des gesundheitlichen Zustandes der Jugendlichen verlangten sie für alle deutschen Fach- und Berufsschulen Schulärzte oder Schulärztinnen. Gesundheitslehre und Gewerbehygiene sollen Pflichtunterrichtsgegenstände werden, desgleichen regelmäßige Turnstunden. Weiter forderten die Berichterstatter den Ausbau der schulärztlichen Berufsberatung für Fortbildungsschüler, die Gewährung eines arbeitsfreien Halbtags am Sonnabend und eines 14tägigen Urlaubs für alle Jugendlichen einschließlich der Lehrlinge, ferner das Verbot der Nachtarbeit und Akkordarbeit für Jugendliche, das Fernhalten von Jugendlichen aus gesundheitsschädigenden Betrieben und die gesetzliche Festlegung einer Normal-Arbeitswoche für die Jugendlichen, deren Gesamtdauer den hygienischen Forderungen für die betreffenden Lebensalter entsprechen soll.

Der Direktor des Universitäts-Instituts für Zahnheilkunde und der städtischen Schulzahnklinik in Bonn, Gen. Professor Dr. Kantorowicz, hielt einen kurzen, aber sehr lehrsamen Vortrag über Schulzahnpflege. In Bonn hat man seit 7 Jahren auf seine Veranlassung die sogenannte systematische Schulzahnpflege getrieben. Dadurch, daß man die kleinsten Zahnschäden aller Schulkinder so früh wie möglich beseitigte, erzielte man außerordentlich gute Erfolge. 95 Prozent der Bonner Schulkinder besitzen einwandfreie schöne Gebisse.

Mögen die gesetzgebenden Körperschaften und die Verwaltungen die menschenökonomischen und gesundheitspolitischen Lehren und Forderungen, die in Bonn aufgestellt wurden, in umfassender Weise und recht eilig verwirklichen — darauf kommt es an!

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Der deutsche Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund, Ortsgr. Dresden, nimmt noch Teilnehmer zu den Ausbildungskursen in Reichskurzschrift (Einheitssystem) auf: Dienstags in der 17. Volksschule, Wachsbleichstr., Mittwoche in der 38. Volksschule, Martenhofstr. 53, Volksschule Fichtenplatz und im Volkshaus Dresden-Ost, Jugendheim. Beginn abends 7 Uhr. Kursuspreis ebenso. Lernmittel 6 M. Für die Abteilung Dresden-N. finden die Uebungsabende wieder jeden Dienstag, abends 7 Uhr, in der 17. Volksschule, Wachsbleichstr., für alle beide Systeme statt. Neue Anfängerkurse in Reichskurzschrift beginnen am 8. Oktober in der 38. Volksschule, Cotta, Cossebauder Straße, und in der 37. Volksschule, Löbtau, Herderstr., am 9. Oktober. Beginn u. Preis wie oben. Die Gruppenleitung. J. A.: O. Perl. 16277

Verein für Volksbildung. Mittwoch den 23. September, 8 Uhr, Wachsbleichhaustr. 15, II. Diskussionsabend über Wohnung und Siedlung. Freier Eintritt und Redefreiheit für jedermann. 16280

Esperanto-Kursus, Gruppe Zentrum, beginnt Dienstag den 22. September, abends 7 Uhr, im Restaurant Stadt Wittenberg, Kleine Backhausstraße 3. Teilnehmer können sich noch melden. Gruppenlokal von jetzt an das 6266

Aus aller Welt

Wem gehören die 10000 Kisten Alkohol?

Vor einiger Zeit legte auf der Themse ein prachtvoller Fünfmaster an, zu dem niemand Zutritt hatte. Ganz London zerbrach sich den Kopf über dieses geheimnisvolle Schiff, da die Mannschaft jede Auskunft über Ladung und Bestimmung verweigerte. Jetzt aber ist das Geheimnis gelüftet, denn es stellte sich heraus, daß es voll von Whisky für Amerika war. Die Art und Weise, wie man dies entdeckte, ist auch recht seltsam. Die Besitzerin des Schiffes ist eine Dame. Sie wurde verhaftet, weil sie sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in der Oxfordstreet ein Kleid erschwindeln wollte. Es handelt sich um eine Argentinerin namens Casares. Das Schiff ist jetzt beschlagnahmt worden mit 10 000 Kisten Alkohol. Der Besitzer dieser Menge Alkohol hat sich bis jetzt noch nicht gemeldet, denn die Casares ist nur Eigentümerin des Schiffes, nicht der Ladung, deren Wert 260 000 Goldmark beträgt. In diese Angelegenheit ist auch ein englischer Lord verwickelt, der behilflich gewesen sein soll, das Schiff zu chartern. Dieses Schiff, das sich „General Serret" nennt, hat eine ganz interessante Vergangenheit. Frau Casares, die Gattin eines reichen Warenhausbesitzers in Argentinien, kaufte es seinerzeit für 28 000 Goldmark und gründete damit die Gloria Steamship Company. Nachdem der „General Serret" mit den 10 000 Kisten Whisky den Hafen von Antwerpen verlassen hatte, um Amerika zu erreichen, geriet die Expedition in Schwierigkeiten, so daß der Segler wegen Maschinendefekts in Dover anlaufen mußte. Dafür aber genügten die vorhandenen Papiere nicht und es folgte die Untersuchung des Schiffes. Die Lage ist nun so, daß der unbekannte Besitzer des Whisky sich melden soll, um vorläufig 200 000 Goldmark zu bezahlen, um die Ladung freizubekommen.

Vom Lakai zum Feldmarschall

Der englische Feldmarschall Sir William Robertson, der soeben seinen 65. Geburtstag gefeiert hat, ist einer von den ganz wenigen wirklichen „self mademen" der britischen Armee. In Welbourne, einem kleinen Städtchen in der Grafschaft Lincolnshire, wurde er im Jahre 1860, als Sohn eines kleinen Kaufmanns, geboren. Knapp 16 Jahre alt, trat er als Lakai in die Dienste eines in der Nähe begüterten Adeligen. Doch hier litt es ihn nicht allzulange. Im Jahre 1879, also mit 19 Jahren, ließ er sich anwerben und wurde als gemeiner Soldat dem 16. Lancier-Regiment zugeteilt. Seine Eltern waren untröstlich. Sie hatten es doch so gut mit ihm gemeint! Er hätte Kammerdiener, ja vielleicht sogar Haushofmeister werden können, wenn er weiter die Livree seines Herrn getragen hätte, und nun war er unter die Soldaten gegangen, ein Söldner geworden! Doch dem Söldner Robertson gefiel es ganz gut beim Militär. Er brachte mit Anstand die Ausbildungszeit hinter sich und kam dann der Reihe nach auf alle Kriegsschauplätze, auf denen britische Truppen sich zu betätigen hatten, bis er eines Tages General und Feldmarschall war. Es dauerte zwar ziemlich lange, ehe dieser Tag anbrach, und so ganz glatt ging die Sache natürlich auch nicht vonstatten, wie sie sich erzählt. Aber als der Gemeine Robertson erst einmal die Offiziersepauletten erworben hatte, hatte er immerhin das Schwerste geschafft. Fast hätte er jedoch sein Ziel verfehlt, denn eines Tages passierte ihm das Mißgeschick, daß ein Häftling, den er zu transportieren hatte, ihm entsprang. Er erhielt dafür 21 Tage Einzelarrest aufgebrummt, und an diesen 21 Tagen wäre um ein Haar seine Beförderung zum Leutnant gescheitert. Gelegentlich des Banketts, das jetzt zu seinen Ehren in London stattfand, begrüßte er eine alte Dame der englischen Hocharistokratie mit den Worten: „Sie erkennen mich nicht, Mylady, aber als Sie ein junges Mädchen waren, hatte ich bereits das Vergnügen, mit Ihnen an einem Bankett teilzunehmen. Allerdings durfte ich mich damals nicht neben Sie setzen, sondern mußte hinter Ihrem Stuhl stehen, um Ihnen aufzuwarten, und der Anzug, den ich trug, war keine Uniform, sondern — erschrecken Sie nicht! — eine Livree!" Der Feldmarschall Robertson ist nämlich weit entfernt davon, seine Vergangenheit zu verleugnen, im Gegenteil, er ist sehr stolz auf sie, und viele adelsstolze Lords und Ladys haben sich daher schon oft über „diesen unmöglichen Robertson" beklagt. Am englischen Hof ist er gleichwohl sehr beliebt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Altstadt-Süd. Morgen Dienstag den 22. September, abends 7 Uhr, im Singesaal der Versuchsschule Lichtbildervortrag: Lebensgefahr im eigenen Haushalt. Genossinnen und Genossen, bringt eure Eltern mit! Musikinstrumente nicht vergessen!

Wettervorhersage für den 22. September

Witterungsaussichten. Bewölkungszunahme, zeitweise Regen, Temperatur abnehmend, lebhafte westliche Winde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das neue Programm

Das vom Heidelberger Parteitag angenommene Programm lautet folgendermaßen:

Grundsätzlicher Teil

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Ueberwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen, vorenthalten.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schreiender der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

Aktionsprogramm

Verfassung

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinziellen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereichs im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigner Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Oberverwaltungsgerichts in allen Landessachen.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bureaukratischen Fesseln befreit werden, anderseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft. Erleichterung der Ehescheidung. Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte. Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Preßvergehen. Zulassung der Berufung in allen Strafsachen. Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Uebergriffe. Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerde.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Oeffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung.

Sozialpolitik

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch eine Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Ausbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sichersteilt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Schulpolitik

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Bevorzugung von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschule. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung. Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Bekämpfung der Steuerdinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkere Schonung des Massenverbrauchs, Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse bei der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustausches als des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Wuchers.

Internationale Politik

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und kapitalistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen geforderte gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

19. Verbandstag der Tabakarbeiter

Der dritte Verhandlungstag begann mit einem Bericht des Kollegen Clement, Breslau, über den Gewerkschaftskongreß. In der Debatte trat Becker, Leipzig, besonders lebhaft für die Industrieorganisation ein und kritisierte in starken Ausdrücken die Haltung des Gewerkschaftskongresses gegenüber den Bestrebungen zur Vereinigung der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaften. Husung, Bremen, antwortet Becker: „Daß wir eine Industrieorganisation für das Tabakgewerbe schaffen wollen, darüber sind wir uns längst einig, es muß nur noch die Frage der Organisationszugehörigkeit der in unsern Betrieben beschäftigten Metall- und andern Arbeiter gelöst werden. Eine Industrieorganisation zusammen mit der übrigen Genußmittelindustrie kommt für uns aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen nicht in Frage. Unsre Stellungnahme ist also kein Angstprodukt der Bonzen, sondern das Resultat nüchterner Ueberlegung."

Genosse Nörpel, Berlin, entbietet zunächst die Grüße des Bundesvorstandes des ADGB. und wendet sich dann gegen die Ausführungen Beckers, der dem ADGB. die Nachahmung der Methoden der englischen Gewerkschaften empfohlen hatte. Genosse Nörpel hielt dann einen instruktiven Vortrag über „Arbeitsrecht und Betriebsrätetätigkeit". Er ging aus vom Uebergang der arbeitsrechtlichen Auffassungen vom Individualismus zum Kollektivismus. Der Artikel 159 der Reichsverfassung gibt jedem das Recht, sich mit seinen Kassengenossen zu vereinigen und der Artikel 165 spricht von der Anerkennung der Organisation. Kollektivismus heißt, daß der Staat die Klasse anerkennt. Diese Dinge sind noch vielen Arbeitern nicht geläufig; noch immer gibt es viel Indifferente. Von den in den Krankenkassen versicherten

21 Millionen Arbeitern und Angestellten sind 7 Millionen in den Gewerkschaften organisiert, davon 4,5 Millionen in den freien Gewerkschaften.

Das Wichtigste im Arbeitsrecht ist der Tarifvertrag. Heute wird der Tarifvertrag dem Gesetz gleich geachtet. Tarifvertrag und Schlichtungswesen bedeuten, daß der Staat grundsätzlich in der Lage ist, die Lohnhöhe behördlich festzusetzen. Genosse Nörpel ging nun zur Frage der Betriebsrätetätigkeit über. Die Unternehmer erstreben heute die Gleichstellung der Betriebsvereinbarungen mit den Tarifverhandlungen. Das Monopol der Gewerkschaften in der Arbeitervertretung kann jedoch nicht an die Betriebe abgegeben werden.

Nach dem Referat Nörpels wurden die Leipziger Anträge auf Anschluß des Verbandes an die IAH. (Internationale Arbeiterhilfe) und auf Entsendung einer Studienkommission nach Rußland abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrag, den Sitz der Verbandsleitung von Bremen nach Berlin zu verlegen. — In der Nachmittagssitzung erstattete Gerloff, Dresden, den Bericht über den Internationalen Tabakarbeiterkongreß, der am 8. August in Brüssel tagte. Anwesend waren 27 Vertreter aus 12 Ländern. Nach dem Bericht haben sich in den Jahren von 1921 bis 1925 Bulgarien, die Tschechei, Polen, Schweden, Norwegen und Frankreich der Tabakinternationale angeschlossen. Deichmann, Bremen, stellt fest, daß ein Antrag Rußlands auf Aufnahme in den Internationalen Tabakarbeiterverband nicht vorgelegen hat und auch jetzt noch nicht vorliegt. In der Abstimmung wurden die Beschlüsse des Internationalen Tabakarbeiterkongresses einstimmig angenommen.

15. Verbandstag der Böttcher

Auf dem Verbandstag der Böttcher wurden am Donnerstag zwei Entschließungen angenommen, denen besondere Bedeutung zukommt. Die eine Entschließung befaßt sich mit der Organisationsfrage; sie bestimmt, daß ein Uebertritt zu einer Industrieorganisation nur dann erfolgen kann, wenn die Gewähr gegeben ist, geschlossen und als selbständige Sektion übertreten zu können. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, nur in diesem Sinne eventuelle Anschlußfragen zu behandeln. Die zweite Entschließung nimmt Stellung zur Antialkoholbewegung. Sie verurteilt den Mißbrauch des Alkoholgenusses, wendet sich aber zugleich gegen „die jeder Grundlage entbehrende Agitationsweise der Abstinenten, die nicht den Mißbrauch des Alkohols bekämpften, sondern die vollständige Trockenlegung Deutschlands nach amerikanischem Muster erstreben. Der Verbandstag", so heißt es in der Entschließung weiter, „protestiert mit aller Entschiedenheit dagegen, daß diese Bestrebungen von Regierungen, welche verpflichtet sind, die persönliche Freiheit zu schützen, unterstützt werden. Der Verbandstag bedauert, daß Vertreter der Arbeiterschaft in den Parlamenten unter Verkennung der Tatsachen zum Schaden der in der Alkoholindustrie beschäftigten Arbeitnehmer, von denen es mehr denn 200 000 gibt, die Antialkoholbewegung über das notwendige Maß unterstützen. Der Verbandstag verlangt von den Delegierten, daß sie mehr wie bisher das Treiben der Abstinenzler beachten und dessen schädliche Auswirkungen mit allen Mitteln bekämpfen."

Gewerkschaftsbewegung

Ortsausschuß des ADGB.

Dienstag den 22. September findet abends 7½ Uhr im großen Saale des Volkshauses, Ritzenbergstraße, eine Versammlung der Ortsausschußdelegierten, Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte statt. Kollege Cl. Nörpel vom Bundesvorstand Berlin behandelt das Thema: „Der neue Arbeitsgerichtsgesetzentwurf."

Unmittelbar nach dieser Versammlung treten die Beisitzer des Dresdner Gewerbegerichts zusammen, um Stellung zu nehmen zu der Teilnahme an der Tagung des Verbandes der deutschen Gewerbegerichte in Stuttgart. Ausweis vorzeigen.

Die Reichsbahn züchtet Streikbrecher

Im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt sind Bestrebungen im Gange, die darauf hinzielen, im Falle eines Streiks der Eisenbahner den Betrieb mit andern Hilfskräften weiterführen zu können. Seit einiger Zeit werden auf den verschiedenen Stationen, so auch in Weimar, planmäßig berufsfremde Leute auf der Eisenbahn ausgebildet. Diese Leute, meist Studenten und Personen aus dem Kaufmannsstande, machen in der Regel eine 14tägige Ausbildung durch und werden danach wieder entlassen, um andern, anscheinend von der Technischen Nothilfe vermittelten Leuten Platz zu machen. Diese Leute werden nicht nur im Fahrdienst, sondern auch in allen Zweigen und Abteilungen der Reichsbahn beschäftigt. Daß die Erregung der Eisenbahner über die von Tag zu Tag mehr als verständlich, um so mehr, als mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß es sich hier um eine planmäßige Ausbildung von Streikbrechern handelt, die im Bedarfsfalle schnell herangeholt werden sollen. Verdient schon allein die Heranbildung von Streikbrechern schärfste Verurteilung, so muß ein noch härteres Urteil über die Gewissenlosigkeit der Reichsbahn gefällt werden, die mit dem Gedanken spielt, bei Ausbruch eines Eisenbahnerstreiks Aushilfskräfte mit 14tägiger Ausbildungszeit den so überaus schweren und ganz besonders verantwortungsvollen Dienst ausführen zu lassen. Gegenüber dem reisenden Publikum bedeutet ein derartig gefahrvolles Spiel eine gewissenlose Verantwortungslosigkeit, und keine in diesem Sinne unternommene Maßnahme der Eisenbahnbehörden darf stillschweigend von der Oeffentlichkeit übergangen werden. Sollte sich die Reichsbahn tatsächlich mit diesen Gedanken tragen, dann muß ein energischer Protest gegen das Aufzüchten einer Streikbrecherzunft erhoben werden.

Beschäftigungsgrad im sächsischen Baugewerbe

Der Erhebung am 14. September erstreckte sich auf 52 588 Mitglieder, davon waren arbeitslos: 94 Maurer, 480 Bauhilfsarbeiter, 111 Tiefbauarbeiter, 22 Töpfer, 19 Stukkateure, 16 Glaser, 15 Isolierer, 12 Asphalteure, 12 Zementeure, 6 Fliesenleger, 2 Polierer, 1 Steinsetzer. Die Arbeitslosigkeit beträgt 1,40 Prozent.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost wird sich in seiner Ende dieses Monats stattfindenden Sitzung mit den nunmehr vorliegenden Satzungen der Versorgungsanstalt, die für die Arbeitnehmer aller Reichsverwaltungen beim Reichspostministerium errichtet werden soll, beschäftigen. Da die Genehmigung außer Zweifel steht, dürfte die Kasse satzungsgemäß am 1. Januar 1926 in Kraft treten. Die verschiedenen Landesregierungen sind an diese Kasse nicht angeschlossen. Der Zentralverband der Angestellten hat sich deshalb an alle Landesregierungen gewandt mit dem Ersuchen, entweder eine eigene Kasse zu bilden oder aber sich der Versorgungsanstalt der Reichsverwaltungen anzuschließen, und dabei gleichzeitig Möglichkeiten für den Anschluß der Gemeinden und Gemeindeverbände offenzuhalten. Bisher sind Aeußerungen von den Länderregierungen noch nicht eingegangen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Das Geheimnis des Sportsieges

Die Zeitschriften der Arbeitersportbewegung beginnen die Erfahrungen der Frankfurter Olympiade kritisch auszuwerten. Den Aufsätzen der Siege wie der Niederlagen wird unbefangen nachgespürt. Besonders werden die Leistungen der Arbeitersportler Finnlands erörtert. Jeder ist des Lobes voll. Die Finnen sind unsere Lehrmeister, heißt es in einer soeben erschienenen Broschüre; ihre Leistungen sind Wunder und Geheimnisse für den deutschen Sport, meint ein anderer Fachmann, der die Lebensweise der Finnen aufmerksam beobachtete und die „Wundermenschen" ausfragte. Es scheint uns, daß er hinter das Rätsel gekommen ist, er schreibt:

„Die Finnen und die Letten erregten die Bewunderung aller. Von ihnen wollte und konnte man lernen. Zuerst einmal, sie ließen sich nicht in Privatquartiere unterbringen, sondern blieben geschlossen in einer Schule, bereiteten sich ihr Essen selbst und gingen früh schlafen. Massage spielte die Hauptrolle. Auf dem Platze sah man davon wenig. Sie hielten etwas auf Vorbereitung, Ruhig und gelassen, waren sie zur Zeit da, ein jeder auf seinem Posten, ohne viel zu fragen. Das stach angenehm von den schnatternden Franzosen und den ebenfalls nicht ganz ruhigen Deutschen ab. Sonderbarerweise liefen die Finnen immer nur auf Platz, d. h. nie ganz aus . . . Dann aber sah man auch wiederum, was es heißt, mit Energie zu arbeiten. Der 110-Meter-Hürdenlauf zwischen dem zweitbesten Finnen und Weis, Purz, zeigte das aufs beste. Die letzte Hürde wurde gleichzeitig genommen, dann ein letztes Zusammenreißen des Finnen, ein kurzes Brustvorstrecken und Weis blieb Dritter. Auch der 800-Meter-Lauf zeigte das . . .

Was macht nun, daß das kleine Drei-Millionen-Land solche Kämpfer hervorbringt? Warum kommen wir mit unserer größeren Auswahl an diese Leistungen nicht heran? Ich sprach mit den Finnen und fragte sie, wie sie über unsern Sport denken und ob bei ihnen die Meinung herrscht, daß es bei uns vorwärts gehe. Die Antwort: „Die Deutschen sind gut, werden noch besser — — — aber — — — das verdammte Bier!" — Hier liegt alle Begründung für die Leistungsfähigkeit. — Der Finne erzählte weiter, er habe in den Bierstuben, bei seinem Rundgang durch Frankfurt, so viele Jugendliche gesehen, die am Tabaksdunst und beim „Aepelwei" gesessen haben, daß ihn ein Bild des Jammers überkommen wäre. — Unsere Leute leben besser, gehen früh schlafen — trinken Milch, viel Milch — denn in der Milch liegt die Energie. Alle unsere Energie holen wir aus der Milch. Wir müssen trotzdem auch schwer arbeiten, denn wir sind ein Bauernvolk — aber das gesunde Leben — sieh her, überall werden „Frankfurter Würstchen" verkauft, weiß man, was in so einem Darm enthalten ist, dazu kommt „Mostrich", also Essig, „nicht gut für die Bauch". — — Seht euch nur eure Frauen an, die leben nicht so in Bierstuben, sie leben wie unsere Frauen und — — hast du gesehen, die Leistungen: eure Sportlerinnen werden in Deutschland eine große Zukunft haben, wir freuen uns darüber."

An Deutlichkeit läßt die Antwort des finnischen Genossen nichts zu wünschen übrig. Hoffentlich wird sie von allen deutschen Arbeitersportlern verstanden und beachtet.

Ein Museum für Leibesübungen

Vor einigen Jahren tauchte bereits der Gedanke auf, ein Museum für Leibesübungen ins Leben zu rufen, um damit der körperlichen Ertüchtigung der breiten Massen die Wege ebnen zu helfen. Führende Männer haben sich in Erkenntnis der Notwendigkeit eines solchen Museums nunmehr zusammengetan und den Verein „Museum für Leibesübungen", der seinen Sitz in Berlin hat, gegründet.

Gleich andern ähnlichen Einrichtungen, z. B. dem Germanischen Museum in Nürnberg, dem Märkischen Museum in Berlin, die auch aus der Form des privaten Vereins hervorgegangen sind, will der Verein „Museum für Leibesübungen" die Vorarbeiten zur Errichtung eines Museums übernehmen. Das Museum, dessen Grundstock die Sammlung des Sporthistorikers Mindt bildet, wird einen Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte der Leibesübungen, die Gestaltung der Turn- und Sportgeräte, Kunst und Wissenschaft, Sport- und Turnpresse sowie Literatur, Bau von Uebungsstätten und vielen weiteren Teilgebieten der Leibesübungen gewähren.

Turnen, Sport, Spiel und Wandern sind heute Volkssache; das Museum für Leibesübungen soll daher im wahren Sinne des Wortes ein Volksmuseum werden.

Vorsitzender des gegründeten Vereins wurde Regierungsrat Dr. Mallwitz. Der Sporthistoriker Erich Mindt ist Geschäftsführer des Vereins.

Mit der Gründung setzte sofort die Mitgliederwerbung ein und es ist zu begrüßen, daß der Verein täglich an Freunden gewinnt. Die vorläufige Anschrift des Vereins lautet: Museum für Leibesübungen, Geschäftsstelle: Berlin N 65, Müllerstraße 38a.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Bundesvorstandssitzung, die gestern im Bundeshaus in Leipzig tagte, an der auch Mitglieder des Bundesausschusses teilnahmen, verhängte nach langer (zweistündiger) Aussprache über alle Vereine bzw. Abteilungen, die mit der Russenmannschaft gespielt haben, ¼ Jahr Spielverbot. Näheres im Sächsischen Arbeitersport.

Kreiswerbestaffel in Chemnitz

1. Leipzig (Bezirksmannschaft), 2. Dresden (Bezirksmannschaft), 3. Dresden-Cotta (Vereinsmannschaft). Näheres im Sächsischen Arbeitersport.

Turnspiele

Raffball. 1. Klasse: Striesen 1—1885 1 8:2, Neustadt 1—Wilschdorf 1 5:3. **2. Klasse: Striesen 2—Hermsdorf 2 2:3. Jugend:** Neustadt 1—Striesen 1 5:4, Neustadt 2—Striesen 2 2:9. **Spielerinnen:** Pieschen 2—Neustadt 2 1:1.

Trommelball: Pieschen 1—Zitzschewig 1 89:101. **Schlagball: Mitglieder:** Striesen 1—Bannewitz 1 70:30. **Schlagball: Spielerinnen:** Striesen 1—Friedrichstadt 1 28:36.

Raffball. 1. Klasse: Häslich 1—Deuben 1 18:4, Döhlen 1—Coßmannsdorf 1 11:6, Tharandt 1—Weißig 1 11:2. **2. Klasse, A:** Zaucherode 2—Birkigt 1 11:7. **2. Klasse, B:** Coßmannsdorf 2—Deuben 2 7:6, Weißig 2—Tharandt 2 3:11, Döhlen 2—Oelsa 2 0:1. **Jugend:** Zaucherode 1—Weißig 1 10:5, Döhlen 1—Tharandt 1 6:4. Häslich 1—Deuben 1 8:4, Oberpesterwitz 1—Häslich 2 15:0, Döhlen 2—Birkigt 2 4:4, Pesterwitz 1 Jug.—Löbtau 1 3:1, Pesterwitz 2 Jug.—Löbtau 2 5:3 für Löbtau. **Schüler: Raffball:** Döhlen 1—Birkigt 1 3:2, Döhlen 2—Birkigt 2 2:0, Döhlen 3—Birkigt 3 3:0. **Alte Herren: Raffball:** Deuben—Fortschritt 2:5. **Alte Herren: Faustball:** Häslich—Deuben 54:65.

Faustball. Jugend: Striesen 1—Pieschen 1 57:62, Striesen 1—Neustadt 1 52:55, Striesen 2—Striesen 1 67:70. **Spielerinnen: Trommelball:** Striesen Junghaus—Gittersee 1 65:81. **Mitglieder: Raffball:** Striesen 1—1885 1 8:2, Neustadt 1—Wilschdorf 1 5:3, Striesen 2—Hermsdorf 2 3:3. **Jugend: Raffball:** Neustadt 1—Striesen 1 5:4, Neustadt 2—Striesen 2 2:9. **Spielerinnen: Raffball:** Pieschen 2—Neustadt 2 1:1. **Spielerinnen: Schlagball:** Friedrichstadt 1—Striesen 36:28. **Spielerinnen: Trommelball:** Pieschen 1—Zitzschewig 1 89:101. **Mitglieder: Schlagball:** Striesen 1—Bannewitz 1 70:30.

Raffball. 1. Klasse: Häslich 1—Deuben 1 18:4, Döhlen 1—Coßmannsdorf 1 11:6, Tharandt 1—Weißig 1 11:2. **2. Klasse, A:** Zaucherode 1—Birkigt 1 11:7. **2. Klasse, B:** Coßmannsdorf 2—Deuben 2 7:6, Weißig 2—Tharandt 2 3:11, Döhlen 2—Oelsa 2 0:1. **1. Klasse, Jugend: Raffball:** Zaucherode 1—Weißig 1 10:5, Döhlen 1—Tharandt 1 6:4, Häslich 1—Deuben 1 8:4. **2. Klasse, Jugend:** Oberpesterwitz 1—Häslich 2 15:0, Döhlen 2—Birkigt 2 4:4, Pesterwitz 1 Jug.—Löbtau 1 3:1, Pesterwitz 2 Jug.—Löbtau 2 5:3 für Löbtau. **Schüler: Raffball:** Döhlen 1—Birkigt 1 3:2, Döhlen 2—Birkigt 2 2:0, Döhlen 3—Birkigt 3 3:0. **Alte Herren: Raffball:** Deuben—Forschritt 2:5. **Alte Herren: Faustball:** Häslich—Deuben 54:65.

Faustball. Jugend: Striesen 1—Pieschen 1 57:62, Striesen 1—Neustadt 1 52:55, Striesen 2—Striesen 1 67:70. **Spielerinnen: Trommelball:** Gittersee 1—Striesen (Junghausstraße) 81:65.

Städte-Raffballspiel Zeitz—Dresden 3:17 (3:8). Dresden sehr gut im Fangen, Springen und im Torschutz. Zeitz enttäuschte, Besseres hätte man erwartet.

Fußballsport

Neustadt 1—Deuben 1 2:0. Beide Mannschaften, durch Ersatz geschwächt, boten anläßlich einen interessanten Kampf, der aber dem Ende zu eine zu ruhige Form annahm. Deuben war den Neustädtern gleichwertig, nur ihr Sturm fand sich nie so recht zusammen.

Großröhrsdorf 1—Uebigau 1 4:3, Kleinwaudorf 1 gegen Burgk 1 1:3, Deuben 2—Cotta 2 12:0, Neustadt 2—Sturm 2 3:1, Weißig 2—Kleinwaudorf 2 7:2, Deuben 3—Burgk 2 2:1 (abgebr.), Neustadt 3—Dobritz 1 6:1, Neustadt 4—Löbtau 5 1:2 (abgebr.).

Altersklasse: Löbtau—Radebeul 0:1, Eintracht—Cossebaude 3 5:0, Kleinwaudorf—Burgk 2:4.

Jugend: Neustadt 1—Zieschen 1 0:3, Eintracht 1—Großröhrsdorf 1:2, Weißig 1—Rabenau 1 3:1, Neustadt 2—Radeberg 1 1:3.

Leipziger Resultate: Jahn, Leutzsch—Normannia 0:0, Böhlitz-Ehrenberg—Preußen 0:0, Pegau—Sachsen 07 1:2, West 03 gegen Oetzsch 0:0, Knautkleeberg—Sp.-Kl. Ost 5:2, Eutritzsch—Thekla 4:1, Stötteritz—Sachsen, Gautzsch 5:1, S. V. Mockau—Eilenburg 0:4, Paunsdorf—Schkeuditz 0:0, Lindenau—Viktoria 06 1:2, Kleinzschocher gegen Vorwärts-Süd 3:1, Großzschocher—Gera, Untermhaus 4:4, Borna—Ladewitz (Tschechosl.) 3:2. Hamburg spielte gegen Leipzig-Stötteritz vor 3000 Zuschauern 3:8 und Löbtau gegen Chemnitz-Frankenberg 1:1.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell, Dresden-Leuben. 21. September, 7½ Uhr, Restaurant Stern, Leuben, Bahnhofstraße, Versammlung.

Rundfunk

Spielplan des Dresden-Leipziger Senders für Dienstag, 22. Septbr.

Wirtschaftsrundfunk. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise; amerik. Metallmeldungen des Vorabends. **4 Uhr:** Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen, Berliner Metalle amtlich und Tel Notiz. **5—5,15 Uhr:** Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. **6 Uhr:** Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Wiederholung. Londoner Metalle amtlich. Hamburger Metalle amtlich. **6,15 Uhr:** Fortsetzung und Mitteilungen des Leipziger Meßamtes für Handel und Industrie. **Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,15 Uhr:** Was die Zeitung bringt. **11,45 Uhr:** Wetterdienst und -voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. **12 Uhr:** Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. **12,55 Uhr:** Neuester Zeitzeichen. **1,15 Uhr:** Börsen- und Pressebericht. **4,30—6 Uhr:** Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. Leitung: Kapellmeister Gustav Agunte. **6,30—7 Uhr:** Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. **7—7,30 Uhr:** Vortrag. Dr. Klotz, Assistent des physikalisch-chemischen Instituts der Universität Leipzig: 1. Vortrag in der Vortragsreihe „Was wissen wir vom Bau des Stoffes?": Die historische Entwicklung. **7,30—8 Uhr:** Vortrag. Musikschriftsteller Ernst Smigelski: Vom Applaus im Theater. **8,15 Uhr:** Spukgeschichten. Mitwirkende: Prof. Ad. Winds und die Rundfunkhauskapelle. Anschließend (etwa **9,30 Uhr**): Pressebericht und Sportfunkdienst sowie Bekanntgabe der größten Gewinne der Sächsischen Landeslotterie. Schluß etwa 10 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Spielplan des Berliner Senders für Dienstag, 22. September

4,30—6 Uhr: Ferdinand-Hummel-Feier anläßlich des 70. Geburtstages des Komponisten (6. September). Am Schwechten-Flügel: Prof. Ferdinand Hummel. **7 Uhr:** Literarische Stunde (Um Goethe und Weimar). **7,45 Uhr:** Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse), Abteilung Völkerkunde. Dr. Georg Wegener, Professor der Geographie an der Handelshochschule Berlin: China, Land und Leute. 6. Vortrag: Die ostasiatische Frage in Gegenwart und Zukunft. **8,30 Uhr:** Abendunterhaltung. Am Schwechten-Flügel: Artur Andrae. **10 Uhr:** Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

5. Klasse 187. Landeslotterie

(Ohne Gewähr) Ziehung am 19. September

10 000 M. auf Nr. 28298 104487.

5000 M. auf Nr. 92758 109491.

3000 M. auf Nr. 74381.

2000 M. auf Nr. 780 84675 41415.

1000 M. auf Nr. 20703 23138 56508 76843 82465 107656.

500 M. auf Nr. 2307 5462 10367 13756 17708 19408 29558 61698 76465 91548.

300 M. auf Nr. 1442 30751 35804 35893 37718 37760 38025 47640 58357 59172 65183 66995 74615 74961 81445 90779 92241 96513 97066 108459 110385 111047 118240.

200 M. auf Nr. 1289 4736 7266 885 9097 833 10306 405 11229 12087 367 14088 838 16823 503 20581 21079 159 22126 705 715 835 23566 996 24179 780 26059 27211 28105 204 846 29580 763 30195 31513 32484 33280 558 34322 35438 36912 37381 39048 251 41915 43165 45305 399 46934 47651 849 49581 904 945 51086 477 593 52032 53499 55097 172 481 56187 700 977 60088 855 651 863 61547 62184 63059 276 65639 851 66728 825 994 995 69189 849 71401 72670 75526 78414 817 79047 924 81514 82847 85091 964 87218 914 88071 395 89458 90747 91576 92408 93063 94860 95642 96874 97487 607 613 98880 99630 100356 101112 102552 474 104520 961 105196 381 668 895 106739 107553 109701 762 846 110220 702 111248 112722 113990 577 607 114411 115706 762 117007 667 118168 762 982 119016 939.

Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt, **Seeligs kand. Kornkaffee** betreffend bei, welchen wir der Aufmerksamkeit insbesondere unserer verehrten Leserinnen angelegentlichst empfehlen.

Seeligs kand. Kornkaffee, seit 40 Jahren bekannt und bestens bewährt, ist im Haushalt der sparsamen Hausfrau unentbehrlich. [5 560

Wybert Tabletten in allen Apotheken u. Drogerien Mk. 1.—
für Sänger, Sportsleute, Raucher

Verantwortlich für Gewerkschaftliches und Sachsen: Hans Finsterbusch; für Dresdner Chronik, Aus der Umgebung: Franz Holzapfel; für den Unterhaltungsteil: Paul Wechmann, sämtlich in Dresden; für Politik, für Lokales aus Freital und alles übrige: Kurt Helbig, Freital; für Inserate: Max Reichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Außergewöhnlich vorteilhafte Angebote für den Haushalt

Emaillewaren

Eimer grau, 28 cm, mit Fuß . . . . Stück 1.20
Eimer weiß, 28 cm, mit Fuß . . . . Stück 1.65
Milchkrüge grau, 1½ Liter . . . . Stück 95 ₰
Kehrichtschaufeln gestanzt . . . . Stück 60 ₰
Kaffeekocher grau, 14 cm . . . . . Stück 75 ₰
Sand-Seife-Sodagarnitur weiß. Stck. 1.95
Kehrichteimer mit Deckel, blau . . . Stück 2.90
Waschbecken mit Seifennapf, 34 cm, Stück 1.10
Zwiebel- od. Topflappenbehälter weiß Stück 1.10
Handleuchter weiß . . . . . Stück 45 ₰
Schmortöpfe gestanzt, 20 cm 1.20 18 cm 95 ₰
Kohleneimer grau, 26 cm . . . . . Stück 1.50
Taschenessenträger flach, 1 Liter . Stück 95 ₰
Maschinentöpfe grau, gestanzt, 20 cm 1.35, 18 cm 1.10, 16 cm 90, 14 cm 75, 12 cm 60 ₰ 45 ₰
Kinderbadewannen verzinkt . . . 9.75. 7.50
Volksbadewannen verzinkt, 170 cm . . 23.50

Galanteriewaren

Teeglashalter echt Messing, mit Glas, St. 95 ₰
Likörkelche Messing, vernickelt . . . Stück 50 ₰
Butterdosen vernickelt, m. Glaseinsatz, St. 95 ₰
Rasierspiegel mit Napf u. Pinsel, komplett 95 ₰
Wandspiegel mit Holzrahm., 21×29 cm, St. 95 ₰
Blumenvasen handgemalt . . . . 95, 80, 55 ₰

Porzellan

Speiseteller flach oder tief, weiß . . Stück 40 ₰
Abendbrotteller weiß, 19 cm . . . Stück 25 ₰
Kaffeetöpfe dekoriert, groß . . . 5 Stück 95 ₰
Tassen dekoriert, 4 Paar . . . zusammen 95 ₰
Kaffeekannen weiß, für 12 Pers. 1.35 für 6 Pers. 95 ₰
Salatschüsseln eckig, 24 cm 1.35 22 cm 85 ₰
Fleischplatten oval 37 cm 1.45 30 cm 95 ₰
Kaffeeservice fein dekor., 5teil. . . . 350. 2.10
Kaffeeservice fein dekor., 9teilig . 850, 650. 5.95
Kaffeeservice fein dekor., 15teilig . . 1030. 9.75

Einkaufskörbe nur einmalig. Gelegenheitskauf, zum Ausl., Stück **75 ₰**

Glaswaren

Bierbecher weißes Glas . . . . . Stück 10 ₰
Teebecher geschliffen 35 ₰ Sandbl. Stck. 20 ₰
Weinrömer auf hohem Fuß . . . . 60. 50 ₰
Weinkelche verschiedene Formen . Stück 35 ₰
Bierservice 7teilig, Krug u. 6 Becher . zus. 1.95

Steingut

Speiseteller blau Rand und Linie . Stück 23 ₰
Speiseteller Zwiebelmuster . . . . Stück 27 ₰
Speiseteller Goldrand und Linie . Stück 35 ₰
Abendbrotteller blau Rand u. Linie, Stck. 16 ₰
Abendbrotteller Zwiebelmuster . Stück 19 ₰
Abendbrotteller Goldrand u. Linie, Stück 25 ₰
Toiletteneimer mit Ablaufdeckel . . Stück 4.90
Nachttöpfe von Garnituren, bunt, Stück 95 ₰
Waschgarnituren fein dekor., 5teilig, 6.75. 4.90
Küchengarnitur fein dekor., 22tlg., 14.50. 12.50

Speiseteller mit kleinen Fehlern, Stück 10 ₰
Untertassen 6 Stück . . . zusammen 30 ₰

Stahlwaren

Aluminium-Teelöffel glatt, 6 Stück, zus. 35 ₰
Alpaka-Teelöffel gewalzte Ware, Stück 40 ₰
Packendestecke Solinger Fabrikat . Paar 1.25
Tischbestecke Solinger Fabrikat . . Paar 85 ₰
Tafelmesser mit Holzheft . . Stück 45, 35, 25 ₰

Neu eingetroffen:

2 Waggon Peddigrohr-Möbel besonders preiswert

Sessel sehr stabil gearbeitet . . . . Stück 6.95
Sessel Vollwulst, mit dichten Streifen, Stück 9.75
Sessel Vollwulst, dichtgeflochten . . Stück 15.50
Kindersessel Vollwulst . . . . . Stück 5.95
Hocker besonders stabil . . . . . Stück 5.25
Tisch runde Platte, 60 cm . . . . . Stück 7.75
Tisch rund, ringsherum dicht geflocht., Stck. 11.50
Tisch m. Eichenplatte u. Wulstrand, Stück 21.50

Blechwaren

Kaffeesiebe mit Drahtstiel, 7 cm, 2 St. zus. 15 ₰
Leibwärmflaschen mit Messingverschraubung . . . . . 55. 75 ₰
Wärmflaschen mit Messingverschraub., St. 1.65
Wärmflaschen verzinkt, pol., 28 cm, Stück 2.45
Wärmflaschen echt Kupfer . . . . . Stück 6.90
Kartoffelpressen groß . . . . . Stück 90 ₰
Universalsiebe m. 3 Einlag. 22 cm 90 ₰ 20 cm 75 ₰
Springformen 28 cm 85 ₰ 26 cm 75 ₰
Königskuchenformen . . . . . 65, 55. 45 ₰
Kehrichtschaufel lackiert . . . . . Stück 45 ₰
Brotkasten eckig, fein lackiert 450. 2.90
Alum.-Brotdosen 7 cm 95 ₰ 5 cm 85 ₰
Brottörbe vern., mit Steingutteinlage, St. 95 ₰
Tischschaufel mit Besen, lackiert . . Stück 95 ₰
Tabletts lackiert, eckig . . . . . Stück 95. 75 ₰
Zucker- und Kaffeedosen 1 Pfund, zus. 95 ₰
Tee- und Kakaodosen ½ Pfd. . . . zus. 75 ₰

Bürstenwaren

Roßhaar-Handbesen . . . . Stück 1.45. 95 ₰
Roßhaar-Stubenbesen . . . . Stück 2.75. 1.95
Federwedel mit Rohrstiel . . Stück 1.10. 85 ₰
Scheuerbürsten . . . . . 85, 35. 15 ₰
Schrubber Fiber . . . . . 60, 50. 45 ₰
Wäscheleinen „Jute" 50 Mtr. 3.95 40 Mtr. 3.25

Messow & Waldschmidt

[f 338

Fahrrad-Emaillierung
in haltbarster, sauberster Ausführung liefert zu Fabrikpreisen [b 266
Lackiererei Meyer, Fröbelstraße 6—8
Verbandsmitglieder erhalten Rabatt.

Winterkartoffeln
(aus Sandboden) [w 208
liefern ab 24. September in gutkochender Qualität jede Menge, auch zentnerweise, zum Preise von
Mark 3.20
Anfuhr durch unsere Lastautos geg. geringen Aufschl.
Krause & Co., Coßebaude
Bureau und Lager: Mittelstr. 9. Tel.: 43 u. 44

Schriften für Volksgesundheit!
Herm. Wolf: Warum gibt es so viele kranke Frauen? . . 50 ₰
A. Scholta: Der Weißfluß und seine allgemeinen Ursach., Verhütung und Heilung . . . . . 25 ₰
Gust. Jepmeisel: Nacktsport, Nackkultur. Eine hygienische Notwendigkeit und sittliche Pflicht 15 ₰
Herm. Wolf: Eine Ansprache an die Jugend zur Bekämpfung der Unkeuschheit und der Geschlechtskrankheiten . . . . . 20 ₰
Herm. Wolf: Die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl (mit 13 Abbildungen) . . . . . 50 ₰
Herm. Hauptmann: Lebensreform und Sozialismus . . 40 ₰
Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung, Wettinerpl. 10
und ihre Filialen:
Albertplatz 10, Schandauer Str. 9b u. 73, Gerokstr. 57, Kesselsdorfer Str. 19

Starkes Spezial-Kurbade- u. Quarzlicht-Anstalt
für Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und Heilgymnastik, Diathermie-Behandlung.
Telephon-Anschluß 28502. **Dresden-N.** Bautzner Straße 31, 1
Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr.
An allen Krankenkassen zugelassen. [1746

Pieschen. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sämtl. Parteiliteratur u. dergl.
Annahme von Inseraten u. Druckaufträgen.
Paul Weichelt, Oschatzer Str. 12, Buchhandlung

Sonder-Angebot!
Wir gewähren auf folgende Kinderartikel
20% Rabatt
Knabenstiefel und -Halbschuhe 26-39
Mädchenstiefel und -Halbschuhe 26-39
Lackspangen . . 26-35
Lackschnürschuhe 26-35
Mercedes-Schuhges. Altmarkt
[1335

Küchen
7teilig, gemalt und lasiert, in verschieden. geschmackvollen Formen u. solidester Ausführung, kompl. von 120 bis 250 M. liefert Möbelgeschäft
Joh. Hildebrand
Wilsdruff.

Ausbildung seit 1907
Private [1247
Automobil-Fahrschule
Langendorf
Willniger Straße 65.

Spitzenpräparate
Frau Lebbinden
Frau Frauenhygiene
Jos. Hennings,
37 Am Geo 37
Ecke Dippoldiswalder Platz
[1279

DER BUCHERKREIS
ZAHLSTELLE
VOLKSBUCHHANDLUNG
DRESDEN
und ihre Filialen

Geschäfts-Eröffnung.
Einer geehrten Einwohnerschaft von Ammsdorf u. Umg. zur gef. Kenntnisnahme, daß mit Donnerstag den 24. September in Dresden-Naußlitz, Freundsbergstr. 2, Ecke Grenzstr. eine Filiale für feine Fleisch- und Wurstwaren eröffnen.
Um gütigen Zuspruch bitten
Hochachtungsvoll
Fleischermstr. Arno Räde und Frau
Dresden-Gorbitz.

Märchen von Robert Grötzsch:
Zauberer Burufu
Preis: 1.— Mark.
Muz der Riese
Preis: 1.50 Mark.
Für Kinder spannende Märchen
Für Erwachsene soziale Erzählungen
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
Dresden und ihren Filialen.

Ein trockenes Gebäude
ist nur zu bauen durch Verwendung von scharfdurchgebrannten, hart-, kalk- und salzefreien
Mauerziegeln
Solche empfiehlt das
Dampfziegelwerk Lotzdorf bei Radeberg i. Sa.
Inhaber: E. A. Hantzsch
Tel. Amt Radeberg i. Sa. 2879 u. Dresden 41523
[1832

Cunnersdorf bei Schönfeld
Bestellungen auf die Volkszeitung sowie auf sämtliche Bücher nimmt entgegen
Max Treffkorn, Nr. 11.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250921/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG